



## **DAS NATIONALLIBERALE LAGER UND DIE FPÖ**

**GESCHICHTE – WAHLERGEBNISSE – PARTEIPROGRAMM**

**FBI** Freiheitliches  
Bildungsinstitut

Gesellschaft für Politik, Kultur & Meinungsfreiheit

# **DIE FREIHEIT, DIE WIR MEINEN!**

## **DAS NATIONALLIBERALE LAGER UND DIE FPÖ**

**GESCHICHTE – WAHLERGEBNISSE – PARTEIPROGRAMM**

*Die Freiheitliche Partei Österreichs wurde am 7. April 1956 im Rahmen eines Gründungsparteitages ins Leben gerufen. In ihrem Namen trägt sie das Wort „Freiheit“, das als Grundelement der Programmatik gilt.*

## **Impressum**

© 2025  
Freiheitliches Bildungsinstitut  
Gesellschaft für Politik, Kultur und Meinungsfreiheit (FBI)  
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien  
[www.fbi-politikschule.at](http://www.fbi-politikschule.at)

# INHALTSVERZEICHNIS

## VORWORT

Herbert Kickl, Bundesparteibmann 8

MMMag. Dr. Axel Kassegger, Präsident Freiheitliches Bildungsinstitut 9

## DIE GESCHICHTE DES NATIONALLIBERALEN LAGERS UND DER FPÖ 10

**DIE REVOLUTION VON 1848 UND DIE BEDEUTUNG DER BURSCHENSCHAFTEN** 10  
Die Wurzeln des freiheitlichen Gedankenguts

**DIE STÄRKSTE KRAFT IM ÖSTERREICHISCHEN REICHSRAT** 12  
Die nationalliberalen Parteien und der Parlamentarismus unter Franz Joseph I.

**DIE NATIONALLIBERALEN AN DER WIEGE DER REPUBLIK** 14  
Das Dritte Lager und die Gründung der Republik Deutschösterreich 1918

**VON DER REPUBLIKSGRÜNDUNG BIS ZUM „ANSCHLUSS“** 16  
Die Nationalliberalen in der Ersten Republik

**DIE RÜCKKEHR DES DRITTEN LAGERS NACH 1945** 18  
Der Aufstieg und Fall des VdU

**DIE GRÜNDUNG DER FPÖ** 20  
Die Jahre 1956 bis 1958

**EINE NATIONALLIBERALE HONORATIORENPARTEI** 22  
Die Ära Friedrich Peter

**DAS SOZIALLIBERALE EXPERIMENT** 24

Norbert Steger und die erste Regierungsbeteiligung der FPÖ

**DER AUFSTIEG DER FPÖ ZUR MITTELPARTEI** 26

Jörg Haider und der Kampf gegen das rot-schwarze System

**DIE FPÖ IN DER KRISE** 28

Von der schwarz-blauen Koalition 2000 bis zur Gründung des BZÖ

**DER WIEDERAUFSTIEG DER FPÖ UNTER HC STRACHE** 30

Der Kurs als „soziale Heimatpartei“

**EINE REFORMKOALITION FÜR ÖSTERREICH** 32

Von der Bundespräsidentenwahl 2016 bis zur „Ibiza-Affäre“

**DIE FREIHEITLICHEN AUF NEUEN WEGEN** 34

Die Nationalratswahl 2019 und die Folgen für die FPÖ

**DIE FPÖ ALS STIMMENSTÄRKSTE KRAFT IN ÖSTERREICH** 36

**ÜBERBLICK WAHLERGEBNISSE** 38

**ÜBERBLICK BUNDESPARTEIOBLEUTE** 40

**PARTEIPROGRAMM** 42



## VORWORT

### LIEBE LESER,

das Dritte Lager hat eine wechselvolle Geschichte durchlaufen. Diese beginnt mit dem Revolutionsjahr 1848 und führt über das Ende der Monarchie und die beiden Weltkriege sowie über die Erste Republik bis hin zur Wiedererrichtung Österreichs in der Zweiten Republik. Auch das Ende des Ostblocks, der österreichische EU-Beitritt und mehrere freiheitliche Regierungsbeteiligungen in Bund und Ländern zählen zu den Ereignissen, die unsere Heimat prägten.

Und niemand kann leugnen, dass die Freiheitlichen stets einen wesentlichen Beitrag für die Geschichte Österreichs und für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit leisteten. Darüber können auch tragische Irrwege einzelner Repräsentanten nicht hinwegtäuschen.

Umso wichtiger ist es daher, seine eigene Geschichte zu kennen. Denn nur wer weiß, wo er herkommt, kann die Orientierung für den Weg in die Zukunft finden. Dazu soll die vorliegende Dokumentationsreihe über die Geschichte der FPÖ und des nationalliberalen Lagers von 1848 bis heute ihren Beitrag leisten. Und jeder wird erkennen, dass „Die Freiheit, die wir meinen“ auch heute noch hochaktuell ist.



**HERBERT KICKL**  
FPÖ Bundesparteiobmann



## VORWORT

### GESCHÄTZTE LESER,

mit der vorliegenden Publikation „DIE FREIHEIT, DIE WIR MEINEN“ ergänzt das Freiheitliche Bildungsinstitut – Gesellschaft für Politik, Kultur & Meinungsfreiheit seine zahlreichen Publikationen der letzten Jahre und Jahrzehnte um ein weiteres wichtiges Werk und erfüllt somit seinen gesetzlichen und satzungsmäßigen Auftrag.

Das Freiheitliche Bildungsinstitut ist die Bildungseinrichtung der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Sein Zweck und Auftrag bestehen unter anderem in der Förderung der staatsbürgerlichen Bildung, der politischen und kulturellen Bildung und der Förderung von Einsichten in politische, wirtschaftliche, rechtliche und gesellschaftliche Zusammenhänge auf innerstaatlicher und internationaler Ebene.

Als Bildungseinrichtung der FPÖ ist es seine besondere Aufgabe, bei der Weiterentwicklung freiheitlicher Positionen und deren Einbringung und Verbreitung in die öffentliche Diskussion unterstützend zu wirken.

Der vorliegende kompakte, informative Überblick über die Geschichte und das Wirken des nationalliberalen Lagers und der FPÖ soll dazu seinen zur Erreichung dieses Ziels fördernden Beitrag leisten.



**MMAG. DR. AXEL KASSEGGER**  
Präsident Freiheitliches Bildungsinstitut



# DIE GESCHICHTE DES NATIONALLIBERALEN LAGERS UND DER FPÖ



Illustration: F. Wiener

Bei der Universität Wien wurden im Mai 1848 Barrikaden errichtet.

## DIE REVOLUTION VON 1848 UND DIE BEDEUTUNG DER BURSCHENSCHAFTEN DIE WURZELN DES FREIHEITLICHEN GEDANKENGUTS

Nach den napoleonischen Kriegen wurde auf dem Wiener Kongress 1814/15 der Deutsche Bund geschaffen – ein loser Staatenbund aus den deutschen Ländern und Teilen des Kaiserreichs Österreich. Etliche Zeitgenossen nahmen dieses absolutistische Gebilde als

Unterdrückung nationaler und liberaler Bewegungen wahr und forderten einen deutschen Nationalstaat.

Eine neue bürgerliche Freiheitsbewegung zog sich quer durch Deutschland, deren Träger die Studenten waren.

Sie gründeten 1815 in Jena die Urburschenschaft und demonstrierten für Freiheit und Verfassung – etwa beim Hambacher Fest 1832, bei dem 30.000 Menschen unter den burschenschaftlichen Farben Schwarz-Rot-Gold, die später die Farben der deutschen Fahne wurden, für nationale Einheit und Volkssouveränität eintraten.

Am 12. März 1848 versammelten sich die Studenten in der Universität Wien, darunter Mitglieder der bis dahin im Geheimen bestehenden Burschenschaft Arminia, und verlangten in einer Petition die Presse- und Redefreiheit, die Freiheit der Universität, die Religionsfreiheit und die Gleichstellung der jüdischen Mitbürger sowie ein vom Volk gewähltes Parlament. Am Folgetag kam es zu einem verlustreichen Aufstand, dem sich auch weitere Bürger anschlossen. Parallel dazu stürmten in den Vorstädten die Arbeiter aus Protest gegen ihre Arbeitsbedingungen die Fabriken.

Diese bürgerliche Revolution erfasste ganz Deutschland von Berlin bis Wien und blieb nicht ohne Folgen: Es

kam zu den ersten freien demokratischen Wahlen in ganz Deutschland – den Wahlen für eine künftige deutsche Nationalversammlung. Diese trat erstmals am 18. Mai 1848 in der Frankfurter Paulskirche zusammen und der liberale Burschschafter Heinrich Freiherr von Gagern wurde zum Präsidenten gewählt. Die wichtigste Aufgabe der Nationalversammlung war die Entwicklung einer deutschen Verfassung.

Es kam zu weiteren Aufständen der Studenten und von revolutionären Bürgern, die aber letztlich blutig an der kaiserlichen Armee scheiterten. Wien wurde im Oktober 1848 von den kaiserlichen Truppen eingenommen und Franz Joseph I. stellte im Kaiserreich Österreich den alten Absolutismus wieder her. Die Revolution war gescheitert.

Der Idealismus der Revolutionäre von 1848, ihr freiheitliches Denken, ihr demokratisches Streben und ihr soziales Fühlen für die Arbeiter und die ärmsten Bevölkerungsschichten sollten jedoch für die Entwicklung des national-liberalen Lagers in Österreich bis zum heutigen Tag als Vorbild weiterwirken.

“  
*Die Urburschenschaft kämpfte für Freiheit und eine Verfassung unter den burschenschaftlichen Farben Schwarz-Rot-Gold, die später die Farben der deutschen Fahne wurden.*  
”



## DIE STÄRKSTE KRAFT IM ÖSTERREICHISCHEN REICHSRAT DIE NATIONALLIBERALEN PARTEIEN UND DER PARLAMENTARISMUS UNTER FRANZ JOSEPH I.

In den letzten Jahren des Absolutismus in der österreichischen Habsburgermonarchie kam es nach dem verlorenen Krieg gegen Frankreich und Sardinien-Piemont 1859 sowie dem Verlust von Gebieten in Italien zu einem innenpolitischen Tauwetter. **Bürgerliche Vereine und Studentenverbindungen erhielten Zulauf, wobei diese zur Basis des nationalliberalen Lagers werden sollten.** Der beratende Reichstag wurde um Mitglieder der neuen Landtage erweitert und 1860 durch das Oktoberdiplom gestärkt. Die Liberalen unter Staatsminister Anton Ritter von Schmerling strebten aber eine echte parlamentarische Verfassung an. So kam es 1861 zum Februarpatent, das für die gesamte österreichische Monarchie galt und den Reichsrat zu einem Parlament mit Gesetzgebungskompetenz machte. Nach der Niederlage Österreichs gegen das Königreich Preußen bei Königgrätz 1866 und der daraus resultierenden politi-

schen Verdrängung Österreichs aus Deutschland musste Kaiser Franz Joseph I. 1867 den Ausgleich mit Ungarn zulassen. **Für die österreichische Reichshälfte der neu gebildeten Doppelmonarchie Österreich-Ungarn – die „im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“ – wurde die Dezemberverfassung von 1867 erlassen und ein eigenes Parlament, der Reichsrat in Wien, eingerichtet.**

Im österreichischen Reichsrat waren die Nationalliberalen die weitaus stärkste Kraft. Sie befanden sich in Gegnerschaft zu den Katholisch-Konservativen. Darüber hinaus schürte ihr Eintreten für die deutschsprachige Bevölkerung der Monarchie den Konflikt mit den Slawen. Denn seit dem Krieg mit Preußen 1866 war Österreich vom größten Teil des deutschen Sprachraums abgetrennt, obwohl die Habsburger in deutschen Angelegenheiten über Jahrhunder-



Foto: Wilhelm Müller

Die Sitzungen des Reichsrats fanden bereits im Parlament an der Wiener Ringstraße statt.

te eine führende Rolle gespielt hatten. Plötzlich standen die deutschsprachigen Österreicher in Österreich-Ungarn einer Mehrheit nicht deutscher Völker gegenüber.

**Es entwickelten sich daher mehrere nationalliberale Parteien, die in Summe immer die Mehrheit im österreichischen Reichsrat stellten – aber auch zerstritten waren. Daher kann man das nationalliberale Lager von Anbeginn an als tragende Kraft des österreichischen Parlamentarismus bezeichnen.**

Eine besonders prägende Persönlichkeit war Georg Ritter von Schönerer, der als Sozialreformer auftrat. Zu seinen politischen Schülern und Mitstreitern gehörten Karl Lueger, der Begründer der christlichsozialen Bewegung, sowie Vic-

tor Adler und Engelbert Pernerstorfer, die Gründer der Sozialdemokratie. Letztere waren übrigens auch Burschenschafter. Schönerer radikalisierte sich zunehmend. Ihm und seiner Alldeutschen Vereinigung stand allerdings eine Reihe gemäßigter nationalliberaler Politiker wie etwa Otto Steinwender gegenüber.

Die nationalliberalen Kräfte in Österreich setzten sich aber auch besonders für das allgemeine Wahlrecht ein, das 1907 erstmals als allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht für alle Männer zur Anwendung kam. Das nationalliberale Lager trat jedoch gleichzeitig auch für den Bestand Österreich-Ungarns ein und zog schließlich für Kaiser und Vaterland in den Ersten Weltkrieg.

“

*Das nationalliberale Lager war von Beginn an eine tragende Kraft des österreichischen Parlaments. Die nationalliberalen Parteien hatten in Summe immer die Mehrheit im österreichischen Reichsrat.*

”



Foto: gemeinfrei

Die Ausrufung der Republik erfolgte am 12. November 1918 vor dem Parlament an der Wiener Ringstraße.

## DIE NATIONALLIBERALEN AN DER WIEGE DER REPUBLIK

### DAS DRITTE LAGER UND DIE GRÜNDUNG DER REPUBLIK DEUTSCHÖSTERREICH 1918

Die über 600 Jahre andauernde Herrschaft des Hauses Habsburg in Österreich ging nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg 1918 zu Ende. Kaiser Karl I. war nach dem Tod von Franz Josef I. im Kriegsjahr 1916 auf den Thron gekommen und hatte danach noch vergeblich versucht, die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn als „Bund freier Völker“ zu erhalten.

Mit dem Ausscheiden der anderen Nationalitäten aus dem Reichsverband traten am 21. Oktober 1918 daher auch 208 deutschsprachige Abgeordnete des Wiener Reichsrats, der für die österreichische Reichshälfte zuständig war,

im Niederösterreichischen Landhaus in Wien zusammen: Die größte Zahl an Abgeordneten stellten die nationalliberalen und deutschnationalen Parteien vor den Christlichsozialen und den Sozialdemokraten. Dabei beschloss man die Gründung eines selbstständigen Staates und konstituierte sich als Provisorische Nationalversammlung. Als Staatsname für die neue Republik wählte man „Deutschösterreich“. Diese Nationalversammlung gilt daher als erstes österreichisches Parlament.

Am 30. Oktober 1918 nahm diese eine vorläufige Verfassung an und richtete eine Note an den Präsidenten der USA,

Woodrow Wilson, wonach die „Deutsche Nation in Österreich“ beschlossen habe, einen eigenen Staat zu bilden. Dies kann als Proklamation der Eigenstaatlichkeit und damit als eigentliches Gründungsdatum der Republik angesehen werden – denn auch das erste Staatsgesetzblatt des neuen Staates Deutschösterreich bezieht sich auf diesen 30. Oktober 1918.

Als einer von drei Präsidenten der Provisorischen Nationalversammlung amtierte der Deutschliberale und Burschenschafter Franz Dinghofer. Zum Staatskanzler wählte man den Sozialdemokraten Karl Renner. **Nach dem Verzicht Kaiser Karls I. an jeglichem Anteil an den Staatsgeschäften, wurde in der dritten Sitzung der Provisorischen Nationalversammlung am 12. November 1918 – drei Tage nach der Ausrufung der deutschen Republik in Berlin – einstimmig das Gesetz „über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich“ beschlossen.** Die ersten beiden Artikel lauteten: „Artikel 1. Deutschösterreich ist eine demokratische Republik. Alle öffentlichen Gewalten wer-

den vom Volke eingesetzt. Artikel 2. Deutschösterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik [...]“ **Franz Dinghofer war schließlich jener Politiker, der am 12. November 1918 von der Rampe des Parlamentsgebäudes am Wiener Ring aus die neue Republik ausrief.**

Die erste Volkswahl zur Konstituierenden Nationalversammlung fand sodann am 16. Februar 1919 statt, wobei erstmals auch Frauen ihre Stimme abgeben konnten. Von den 170 neuen Abgeordneten entfielen 72 auf die Sozialdemokraten, 69 auf die Christlichsozialen und nur mehr 26 auf die nationalliberalen beziehungsweise deutschnationalen Parteien.

Damit waren diese zum Dritten Lager in der neuen Republik geworden – eine bis heute verwendete Bezeichnung. Die Nationalliberalen waren damit eng mit der Entstehung der Ersten Republik verbunden – aus staatspolitischer Raison war das größte parlamentarische Lager des alten Reichsrats ja sogar bereit, den unmittelbaren Führungsanspruch an die Sozialdemokraten abzugeben.

“

*Der deutschliberale Burschenschafter Franz Dinghofer rief als Präsident der Provisorischen Nationalversammlung am 12. November 1918 von der Rampe des Parlamentsgebäudes in Wien die neue Republik aus.*

”



## VON DER REPUBLIKSGRÜNDUNG BIS ZUM „ANSCHLUSS“ DIE NATIONALLIBERALEN IN DER ERSTEN REPUBLIK

Die Republik Deutschösterreich kam nach ihrer Gründung 1918 nicht zur Ruhe. Eine Belastungsprobe war der Friedensvertrag von Saint-Germain mit den Siegermächten des Ersten Weltkriegs im Jahr 1919, wobei deutschsprachige Gebiete der ehemaligen Monarchie wie etwa Südtirol abgetrennt, der Staatsname „Deutschösterreich“ untersagt und ein „Anschluss“ an Deutschland verboten wurden. Diesen hatten 1918 sowohl die nationalliberalen Parteien als auch die Sozialdemokraten gefordert.

Die 1919 entstandene Koalition aus Christlichsozialen und Sozialdemokraten zerbrach bald. **Zu den nationalliberalen Parteien, die nun die „Dritte Kraft“ im Parlament waren, zählten die Großdeutsche Volkspartei und der Landbund, die in wechselnden Koalitionen gemeinsam mit den Christlichsozialen bis 1933 regierten.** Führende nationalliberale Persönlichkeiten waren der Bundeskanzler Johannes Schober sowie der

erste Bundespräsident der Republik Österreich, der offiziell parteiungebundene Nationalökonom Michael Hainisch.

**Zwar konnte nach der Inflation der 1920er Jahre die Währung durch den Schilling stabilisiert werden, doch gleichzeitig kam es zu einer Militarisierung der Innenpolitik, wobei sowohl die Christlichsozialen als auch die Sozialdemokraten paramilitärische Verbände schufen.** Die sich daraus ergebenden bürgerkriegsähnlichen Zustände gipfelten im Brand des Justizpalastes in Wien im Jahr 1927 mit fast 100 Toten. Gekoppelt mit den Folgen der Weltwirtschaftskrise kam es schließlich zur Abkehr von der Demokratie: Die Christlichsozialen orientierten sich am faschistischen Italien Benito Mussolinis, von dem sie Unterstützung gegen die aggressive Politik Deutschlands unter Adolf Hitler erhofften. Auch der Kurs der Sozialdemokratie wurde autoritärer, während die Anhänger des Dritten La-



Foto: gemeinfrei

Der Justizpalastbrand 1927 illustriert die Spannungen in der Ersten Republik.

gers verstärkt zu den österreichischen Nationalsozialisten abwanderten.

Angesichts der Stärke der Nationalsozialisten und des Konflikts mit den Sozialdemokraten benützte der christlichsoziale Bundeskanzler Engelbert Dollfuß eine Geschäftsordnungskrise des Nationalrates im März 1933, um die parlamentarische Demokratie zu beseitigen und den Weg in den autoritären Ständestaat zu ebnen. Proteste der Nationalliberalen wurden unterdrückt. Nach dem Verbot der österreichischen Nationalsozialisten 1933 folgte nach einem kurzen, blutigen Bürgerkrieg im Februar 1934 auch das Verbot der Sozialdemokratie. Der Druck des nationalsozialistischen Deutschlands auf Österreich nahm zu. Nach einem missglückten Putsch der Nationalsozialisten im Juli 1934, bei dem Dollfuß ermordet wurde,

wollte sein Nachfolger Kurt Schuschnigg den autoritären Kurs fortsetzen. **Doch der Verlust der Unterstützung durch Mussolini und der wachsende Druck der illegalen Nazis im Land führten schließlich zum von Hitler forcierten „Anschluss“:** Am 12. März 1938 rückte die deutsche Wehrmacht in Österreich ein. Dieser Schritt fand Anhänger aus allen politischen Parteien – darunter war auch das traditionell deutschfreiheitliche Dritte Lager. Aber auch der Wiener Erzbischof Theodor Innitzer oder der Sozialdemokrat Karl Renner begrüßten den „Anschluss“.

Damit fand die ungeliebte Erste Republik – ein Staat, den keiner wollte – ein tragisches Ende und Österreich wurde als Teil des Deutschen Reiches in die Schrecken des Zweiten Weltkrieges mitbezogen.

“  
*Die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten schufen in der Ersten Republik als paramilitärische Einheiten die Heimwehr und den Republikanischen Schutzbund. Die bürgerkriegsähnlichen Zustände gipfelten im Brand des Justizpalastes in Wien.*  
”



Foto: Votava / Imagno / picturedesk.com

Herbert A. Kraus spricht 1949 bei einer VdU-Kundgebung auf dem Wiener Rathausplatz.

## DIE RÜCKKEHR DES DRITTEN LAGERS NACH 1945

### DER AUFSTIEG UND FALL DES VDÜ

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Republik Österreich im April 1945 wiedererrichtet. Anfangs wurden von der alliierten Besatzungsmacht nur drei Parteien anerkannt: Dazu zählten die christlich-konservative Volkspartei (ÖVP), die Sozialistische Partei (SPÖ) und die Kommunistische Partei (KPÖ), die gemeinsam die provisorische Staatsregierung unter Karl Renner bildeten. **Das national-liberale Lager war von der politischen Mitgestaltung in der Gründungszeit der Zweiten Republik vorerst ausgeschlossen.** Dies lag auch daran, dass allen ehemaligen Mitgliedern und Parteianwärtinnen von der NSDAP und von anderen NS-Formationen – unabhängig davon, ob sie an Verbrechen beteiligt waren oder nicht – die Wahlberechtigung entzogen wurde. Damit gab es

in Österreich zur Zeit der ersten Nationalratswahl 1945 etwa 600.000 Bürger „zweiter Klasse“, die von essentiellen politischen Rechten ausgeschlossen waren.

**Erst im Frühjahr 1949 gelang Herbert A. Kraus und Viktor Reimann die Gründung des „Verbandes der Unabhängigen“ (VdU).** Die Konstituierung dieser neuen Partei fand in Salzburg statt, da in der amerikanischen Besatzungszone eine Parteigründung erheblich leichter war. **Der VdU wurde jedoch als Verein angemeldet, da er keine alliierte „Parteilizenz“ erhalten konnte.** Der VdU wollte einerseits das historisch gewachsene nationalliberale Lager zurück in die politische Landschaft Österreichs führen – das vor 1938 fast 20

Prozent der Wählerstimmen ausgemacht hatte. Andererseits sollten die aus der politischen Mitgestaltung bis dahin ausgeschlossenen minderbelasteten Nationalsozialisten integriert werden. Diesen war 1947 mit dem „Nationalsozialistengesetz“ ihr aktives Wahlrecht wieder zugestanden worden. Auch die Kriegsheimkehrer und die vertriebenen Volksdeutschen aus Mittel- und Osteuropa waren eine Zielgruppe.

**Bei der zweiten Nationalratswahl im Jahr 1949 konnte der VdU mit der „Wahlpartei der Unabhängigen“ (WdU) rund 11,7 Prozent und 16 Nationalratsmandate erlangen.** Die Erfolge setzten sich bei mehreren Landtagswahlen fort. Auch das „Soziale Manifest“ des VdU von 1950 kann als Versuch gewertet werden, die Arbeiterschaft zu gewinnen.

Trotzdem wurde der VdU – auch durch das Verhalten von ÖVP und SPÖ – zunehmend politisch isoliert und in der Folge brachen innerhalb des Verbandes Streitigkeiten aus. Nach Stimmenverlusten bei den Nationalratswahlen 1953 verschärften sich die Gegensätze zwischen dem nationalen und dem libe-

ralen Flügel sowie auch zwischen den vielen ausgeprägten Einzelpersönlichkeiten wie etwa Viktor Reimann, Wilfried Gredler, Gustav Zeillinger oder Helfried Pfeifer. Zwar wurde im Mai 1954 vom VdU in Bad Aussee ein neues Programm mit einem verstärkt nationalen Charakter beschlossen und das Gespräch mit der kurz zuvor gegründeten Freiheitspartei gesucht. Aber als bei weiteren Landtagswahlen im Jahr 1954 erhebliche Verluste verzeichnet wurden, zeigte der VdU bereits Zerfallerscheinungen. So kam es im Jahr 1955 zu Verhandlungen zwischen den VdU-Vertretern und der nationalbetonten Freiheitspartei von Anton Reinthaller, die schon bei den oberösterreichischen Landtagswahlen 1955 eine Wahlgemeinschaft mit dem VdU und Parteilosen gebildet hatte.

Am 17. Oktober 1955 schließlich einigten sich der VdU und die Freiheitspartei von Anton Reinthaller in Wien auf den Zusammenschluss zur FPÖ. Damit war der Grundstein für eine Nachfolgepartei gelegt, die das politische Geschehen in Österreich bis zum heutigen Tag entscheidend mitprägen sollte.

*Der VdU wurde 1949 vom Journalisten Herbert A. Kraus und dem Widerstandskämpfer Viktor Reimann gegründet, um Heimatvertriebene und Heimkehrer sowie minderbelastete ehemalige NSDAP-Mitglieder zu vertreten und wieder in das demokratische Gefüge einzugliedern.*



## DIE GRÜNDUNG DER FPÖ

### DIE JAHRE 1956 BIS 1958

Die FPÖ entstand auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Obmann des Verbandes der Unabhängigen (VdU), Max Stendebach, und dem Obmann der Freiheitspartei, Anton Reinthaller, vom 17. Oktober 1955, in der ein Zusammenschluss dieser beiden Parteien zur Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) bei gleichzeitiger Auflösung des VdU und der Freiheitspartei beschlossen wurde. Diese Namenswahl weist bereits auf eines der Grundprinzipien der FPÖ hin: Die Freiheit des Individuums sowie auch die

Freiheit der Gemeinschaft und des eigenen Volkes sollten im Zentrum sämtlicher programmatischer Aussagen und Programme stehen.

Der konstituierende Parteitag, der gleichzeitig als Gründungsparteitag gilt, trat allerdings erst am 7. und 8. April 1956 im Hotel „Zum weißen Hahn“ in der Wiener Josefstadt zusammen. Zu den Gründungsmitgliedern zählten unter anderem Willfried Gredler, Jörg Kandutsch, Tassilo Broesigke, Gustav Zeillinger und



- 1. Wir bekennen uns zum Grundsatz der Freiheit und damit zu den Grundrechten der Menschen und Völker.*
- 2. Wir bekennen uns zur sozialen Volksgemeinschaft und bekämpfen das Denken und Handeln in Klassen und Gruppeninteressen.*
- 3. Wir bejahen die Eigenstaatlichkeit Österreichs, bekennen uns zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft und treten für den engen Zusammenschluss der freien Völker und Staaten Europas auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung und Selbstbestimmung ein.*
- 4. Wir bekämpfen die alle Freiheiten der Menschen bedrohende Allmacht des Staates und der mit ihm verkoppelten Machtapparate. Wir bekennen uns zum demokratischen Rechtsstaat freier, vor dem Gesetz gleicher Männer und Frauen und fordern deshalb die Ausschaltung des demoralisierenden Parteiproporz. (...)*

*(Auszug aus dem ersten Parteiprogramm der FPÖ)*



Max Stendebach vom VdU sowie Anton Reinthaller, Emil van Tongel und Friedrich Peter von der Freiheitspartei.

Die Tatsache der Wahl Anton Reinthallers zum ersten Obmann der FPÖ wird in der Forschung häufig als Indiz dafür gesehen, dass sich die Freiheitspartei in der neuen FPÖ mit ihrer im stärkeren Maß national-konservativen Programmatik gegenüber den teils etwas liberaleren Positionen des VdU durchgesetzt hatte. Diese Haltung fand ihren Niederschlag auch im ersten Parteiprogramm, das als sogenanntes Kurzprogramm beziehungsweise als „Vierzehn Punkte“ am Gründungsparteitag 1956 verabschiedet und 1958 in den „Richtlinien freiheitlicher Politik“ näher erläutert wurde.

Die Beurteilung von Anton Reinthaller bleibt umstritten. Der gebürtige Oberösterreicher zählte nach dem Krieg zu den ehemaligen hochrangigen Nationalsozialisten in Österreich – er war beispielsweise Landwirtschaftsminister in der von Hitler-Deutschland installierten „Anschlussregierung“ unter Bundeskanzler Arthur Seyß-Inquart. Für die einen galt der überzeugte Katholik als „Idealist“, der an den Verbrechen des Nationalsozialismus nicht beteiligt war. Für die anderen war er hingegen auch ein ehemaliger SS-Brigadeführer, der bereits in der Illegalität für den „Anschluss“ Österreichs an Deutschland agitiert hatte.

**Doch die Vorstellung, mit einer betont nationalen Parteilinie an die Erfolge des**



Anton Reinthaller war der erste Obmann.

Dritten Lagers in der Zwischenkriegszeit mit bis zu 18 Prozent Stimmenanteil im Nationalrat anknüpfen zu können, erfüllte sich nicht. Bei der Nationalratswahl im Mai 1956 erreichte die FPÖ lediglich 6,5 Prozent und sechs Nationalratsmandate. Zur Nationalratsfraktion, die sich von Anfang an auf Opposition und Kontrolle der Regierung festlegte, zählten Klubobmann Willfried Gredler, der frühere Universitätsprofessor Helfried Pfeifer, der ehemalige VdU-Vorsitzende Max Stendebach, Heinrich Zechmann, der frühere Landesobmann des VdU Salzburg und spätere Volksanwalt Gustav Zeillinger sowie der spätere Rechnungshofpräsident Jörg Kandutsch. Organisatorisch war zudem der Wiener Apotheker Emil van Tongel als Presse- und Finanzreferent tätig.

Nach dem Tod von Anton Reinthaller im Jahr 1958 wurde Friedrich Peter zum Bundesparteiohmann gewählt. Die Gründungsphase der FPÖ war damit abgeschlossen. Dennoch kam die Partei vorerst nicht aus ihrer innenpolitischen Isolation heraus und musste um Anerkennung in der schwarz-rot dominierten politischen Landschaft der Zweiten Republik werben.



Foto: Votava / Imagno / picturedesk.com

SPÖ-Kanzler Bruno Kreisky empfängt Friedrich Peter (im Bild rechts) im Oktober 1975 im Bundeskanzleramt in Wien.

## EINE NATIONALLIBERALE HONORATIONENPARTEI DIE ÄRA FRIEDRICH PETER

Nach dem Tod Anton Reinthallers wurde 1958 Friedrich Peter zum Bundesparteiohmann der FPÖ gewählt, wobei Peter bis heute mit knapp 20 Jahren als Parteiohmann mit der längsten Amtszeit gilt. Der Oberösterreicher Peter schaffte es schließlich auch, die FPÖ aus ihrer innenpolitischen Isolation herauszuführen. Denn es gelang der FPÖ erstmals, wechselseitige Allianzen im Parlament zu schmieden – in der Frage der Habsburger-Gesetze und der Rückkehr Otto von Habsburgs nach Österreich etwa mit der SPÖ. Die Freiheitlichen konnten sich im Nationalrat in weiterer Folge mit Abgeordneten wie Tassilo Broesigke, Otto Scrinzi oder Gustav Zeillinger als nationalliberale Honoratiorenpartei

und „Zünglein an der Waage“ zwischen der Volkspartei und den Sozialisten profilieren.

Daher waren auch die Erwartungen der FPÖ für die Nationalratswahl 1970 groß, in die die Freiheitlichen mit der Parole „Kein roter Kanzler, keine schwarze Alleinregierung“ zogen. Schlussendlich stagnierte die FPÖ bei der Nationalratswahl aber bei 5,5 Prozent. **Trotzdem nutzte Friedrich Peter die Gunst der Stunde und konnte mit der Duldung der SPÖ-Minderheitsregierung unter Bruno Kreisky eine für die Freiheitliche Partei günstige Wahlrechtsreform erwirken.** Als es auf der Basis der neuen Wahlordnung zu Nationalratswahlen im Oktober

1971 kam, konnte die FPÖ ihre Mandatszahl im – zahlenmäßig von 165 auf 183 vergrößerten – Plenum von sechs auf zehn erhöhen.

Auch in programmatischer Hinsicht leitete die FPÖ unter Friedrich Peter einen Modernisierungsprozess ein. 1968 wurde in Bad Ischl das modernere „Ischler Parteiprogramm“ beschlossen und auf Anregung von Peter wurde der sogenannte „Atterseekreis“, ein Arbeitskreis für junge und eher liberal orientierte Intellektuelle – darunter auch der spätere Obmann Norbert Steger –, gegründet. Der „Atterseekreis“ lieferte in weiterer Folge auch wertvolle Impulse für die Modernisierung der Partei und übernahm unter anderem die Vorarbeiten für das 1973 beschlossene „Freiheitliche Manifest zur Gesellschaftspolitik“ – darin wurde auch bereits dem Umweltschutz ein Kapitel gewidmet.

Überschattet waren die letzten Jahre der Obmannschaft von Peter allerdings durch die ab 1975 erfolgte Thematisierung der Teilnahme Peters am

Zweiten Weltkrieg im Rahmen der Waffen-SS durch Simon Wiesenthal, wobei sich der mit Friedrich Peter befreundete SPÖ-Bundeskanzler Bruno Kreisky auf die Seite Peters stellte. An der Affäre scheiterte letztendlich auch die Wahl von Friedrich Peter zum Dritten Nationalratspräsidenten. Nach partei-internen Auseinandersetzungen um die Vergangenheit Peters wurde 1978 Alexander Götz neuer Bundesparteiohmann der FPÖ. Friedrich Peter blieb allerdings noch bis 1986 Klubobmann der FPÖ-Fraktion im Nationalrat.

Friedrich Peter entfremdete sich nach der Wahl Jörg Haiders zum Parteiohmann im Herbst 1986 zunehmend von der FPÖ, wobei diese Entwicklung im Jahr 1992 mit seinem Parteiaustritt gipfelte. Bis zu seinem Tod im September 2005 blieb das Verhältnis Peters zu seiner ehemaligen Partei angespannt. Trotzdem kann es als historischer Verdienst von Friedrich Peter gewertet werden, die FPÖ und damit das Dritte Lager als stabilen Faktor in der österreichischen Innenpolitik verankert zu haben.

„Mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ beschloss der Nationalrat die ‚kleine Wahlrechtsreform‘. Sie senkte die Zugangshürde kleinerer Parteien zum Parlament durch eine Erhöhung der Mandate, eine Verringerung der Wahlkreise und eine Angleichung der Stimmen für ein Mandat bei Groß- und Kleinparteien.“



## DAS SOZIALLIBERALE EXPERIMENT

### NORBERT STEGER UND DIE ERSTE REGIERUNGSBETEILIGUNG DER FPÖ

Nach dem Rückzug von Langzeitobmann Friedrich Peter im Jahr 1978 und der kurzen Amtszeit des Grazer Bürgermeisters Alexander Götz als Parteichef wurde im März 1980 der Rechtsanwalt Norbert Steger zum FPÖ-Bundesparteiohmann gewählt. Die neue Parteiführung rund um Steger, geprägt durch die unter Peter gegründete liberale Denkfabrik des „Atterseekreises“, wollte aus der bis dahin betont nationalen FPÖ eine „lupenreine“ liberale Partei machen.

Zwar konnte die FPÖ bei der Nationalratswahl 1983 mit rund 5 Prozent der Wählerstimmen nur ein mäßiges Ergebnis einfahren. Die Wahlarithmetik ermöglichte es aber, dass die FPÖ trotzdem 12 Nationalratsmandate erringen konnte, während die SPÖ erstmals seit 1971 ihre absolute Mehrheit verlor. **In dieser Situation ging Friedrich Peters Taktik der Annäherung an die Sozialisten auf: Mit Bruno Kreisky handelte der FPÖKlubchef die Modalitäten einer Klei-**

**nen Koalition aus und von 1983 bis 1986 bildete die SPÖ unter Bundeskanzler Fred Sinowatz sowie seinem Nachfolger Franz Vranitzky mit der FPÖ unter Norbert Steger eine rotblaue Koalition.** In dieser Bundesregierung war die FPÖ durch Steger als Vizekanzler und Handelsminister, Harald Ofner als Justizminister und Friedhelm Frischenschlager beziehungsweise Helmut Krünes als Verteidigungsminister vertreten. Allerdings hatte die Koalition mit enormen Problemen zu kämpfen. Dazu gehörten etwa ein explodierendes Budgetdefizit oder die prekäre Lage in der verstaatlichten Industrie.

**Gleichzeitig begann es auch unter der freiheitlichen Wählerschaft zu brodeln.** Einerseits gab es Diskussionen um den ideologischen Kurs der FPÖ, der sich vor allem im neuen Parteiprogramm von 1985 äußerte. Dieses fand bei eher national orientierten Freiheitlichen kaum Zustimmung. Andererseits



Die ersten freiheitlichen Minister (von links): Norbert Steger, Harald Ofner und Friedhelm Frischenschlager.

bahnte sich in Kärnten der Aufstieg des jungen Nachwuchspolitikers Jörg Haider zum schärfsten Kritiker der blauen Regierungsmannschaft an. Haider war im Mai 1983 zum geschäftsführenden Landesparteiohmann der FPÖ Kärnten bestellt worden und konnte alsbald mit einem klaren Kurs gegen die Bundespartei punkten.

Als zusätzlich noch der Verzicht der FPÖ auf einen eigenen Kandidaten bei der Bundespräsidentenwahl 1986 als zu großes Zugeständnis an die SPÖ gewertet wurde, war nach der Ansicht etlicher freiheitlicher Funktionäre das Maß voll. Dadurch war aber auch Stegers Versuch, die FPÖ nach dem Muster der bundesdeutschen FDP auf Dauer in eine liberale Regierungspartei umzubauen, gescheitert. **Als Meinungsforscher im Sommer 1986 prophezeiten, dass die FPÖ bei der nächsten Nationalratswahl**

**kaum mehr als 3 Prozent der Stimmen erhalten würde, sahen viele in der Partei nur noch die Wahl Jörg Haider zum Obmann als mögliche Rettung. Daraufhin kam es im September 1986 in Innsbruck zu einer Kampfabstimmung zwischen Steger und Haider, wobei der Wiener dem Kärntner Landesparteiohmann unterlag.** Kurz darauf kündigte SPÖKanzler Vranitzky die rot-blaue Koalition auf und Österreich ging in Neuwahlen.

Das Fazit über diese erste Regierungsbeteiligung der FPÖ in der Zweiten Republik bleibt daher letztlich zwiespältig. Zwar scheiterte die Regierung vorzeitig, aber historisch betrachtet war die rot-blaue Regierung für die Geschichte der Zweiten Republik so etwas wie der Abschluss der Integration des historisch gewachsenen Dritten Lagers in das politische System der Republik.

“  
*Norbert Steger war geprägt durch den ‚Atterseekreis‘, der 1971 unter Friedrich Peter zur Stärkung des liberalen Flügels in der FPÖ gegründet wurde und von dem bis heute wesentliche intellektuelle Impulse für die Partei ausgehen.*  
”



Jörg Haider prägte die FPÖ nachhaltig.

## DER AUFSTIEG DER FPÖ ZUR MITTELPARTEI

### JÖRG HAIDER UND DER KAMPF GEGEN DAS ROT-SCHWARZE SYSTEM

Die Entwicklung der FPÖ unter der Obmannschaft von Jörg Haider gilt als eine der spannendsten Episoden in der Geschichte der Zweiten Republik. Denn die heimische Parteienlandschaft änderte sich mit dem Aufstieg des gebürtigen Oberösterreichers erstmals seit 1945 grundlegend. **Von der Kür Haiders zum FPÖ-Bundesparteiobmann 1986 in Innsbruck im Rahmen einer Kampfabstimmung gegen Norbert Steger bis zur schwarz-blauen Regierung im Jahr 2000 lag zudem ein 14 Jahre währender Erfolgslauf.** Der gelernte Jurist, der bereits 1979 als Abgeordneter der FPÖ in den Nationalrat eingezogen war und 1983 die Leitung der Kärntner Freiheitlichen übernahm, konnte aber auch das

ationale Lager wieder in die FPÖ integrieren und verbreiterte die Partei sowohl inhaltlich als auch personell.

**Nachdem SPÖ-Bundeskanzler Franz Vranitzky wegen der Wahl Haiders die seit 1983 bestehende Kleine Koalition mit der FPÖ aufgekündigt hatte, kam es im November 1986 zu Neuwahlen, bei denen die FPÖ unter Jörg Haider rund 9,7 Prozent der Wählerstimmen erreichte.** SPÖ und ÖVP reagierten auf die plötzliche Stärke des Dritten Lagers mit einer Neuauflage der Großen Koalition und einer beginnenden politischen Ausgrenzung der FPÖ. Dies gab Haider noch mehr Gelegenheit, die rot-schwarze Privilegien- und Partei-

buchwirtschaft anzuprangern sowie die FPÖ im Nationalrat als Oppositionspartei gegen „das rot-schwarze System“ zu positionieren. Haider wurde damit zum politischen Motor der Veränderung in einem Land, in dem bis dahin die Politik noch vom Lagerdenken der Nachkriegszeit bestimmt worden war.

**Zum Vorreiter der Umgestaltung des politischen Systems in Österreich wurde Kärnten. Dort konnte Haider 1989 die absolute Mehrheit der SPÖ brechen und wurde mit Hilfe der ÖVP zum ersten freiheitlichen Landeshauptmann der Zweiten Republik gewählt.** 1999 wurde die FPÖ bei der Landtagswahl in Kärnten stimmenstärkste Partei und Haider erneut Landeshauptmann.

Aber auch bei den Wahlgängen auf Bundesebene erzielte die FPÖ beachtliche Erfolge, die selbst durch die Abspaltung des Liberalen Forums von der FPÖ im Jahr 1993 kaum beeinträchtigt wurden. Nach 22,5 Prozent bei der Nationalratswahl 1994 schaffte Haider mit der FPÖ bei der Wahl zum Nationalrat

1999 ein historisches Ergebnis: Die Freiheitlichen verdrängten mit 26,9 Prozent die ÖVP von Platz zwei. Mit ÖVP-Obmann Wolfgang Schüssel vereinbarte Haider gemeinsam eine schwarz-blaue Koalition, der er selbst jedoch nicht angehörte und in der Schüssel Bundeskanzler wurde. Als FPÖ-Vizekanzlerin zog Susanne Riess-Passer in die Regierung ein.

Auch wenn der weitere politische Weg Jörg Haiders nach 2000 von etlichen Bruchlinien – auch mit seiner einstigen Partei – geprägt war, so würdigen doch viele politische Beobachter, Zeitzeugen und auch einstige Gegner die Leistungen von Jörg Haider im Kampf gegen den rot-schwarzen Proporz und die Auswüchse des Kammerstaates sowie die dadurch ausgelöste Deregulierung im staatsnahen Sektor. Und nicht zuletzt zeigte Haider mit dem FPÖ-Volksbegehren „Österreich zuerst“ zur Migrationspolitik im Jahr 1993 erstmals deutlich ein Thema auf, das fast 30 Jahre später in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist und ganz Europa bewegt.

„*Aus kleinen Anfängen haben wir uns in der Demokratie hochgedient und sind zu einer Art Befreiungsbewegung von Proporz, Privilegien, geistiger Funktionärsenge sowie für einen chancenreichen Neubeginn in einer sich wandelnden Welt geworden.*“ (Jörg Haider im Buch: *Befreite Zukunft jenseits von links und rechts*, 2001)



## DIE FPÖ IN DER KRISE

### VON DER SCHWARZ-BLAUEN KOALITION 2000 BIS ZUR GRÜNDUNG DES BZÖ

Aus den Nationalratswahlen im Jahr 1999 war die FPÖ mit 26,9 Prozent der Stimmberechtigten erstmals als zweitstärkste Partei in Österreich hervorgegangen. **Jörg Haider verständigte sich daraufhin mit der ÖVP auf eine gemeinsame Koalition. Mit ÖVP-Bundeskanzler Wolfgang Schüssel als Partner übernahmen die Freiheitlichen damit zum zweiten Mal in ihrer Geschichte auf Bundesebene Regierungsverantwortung.** FPÖ-Vizekanzlerin wurde Susanne Riess-Passer und die FPÖ erhielt zudem fünf weitere Minister sowie zwei Staatssekretäre.

Am 4. Februar 2000 wurde die neue Bundesregierung angelobt, wobei der Start der ÖVPFPÖ-Koalition in den ersten Monaten durch die Sanktionen der Europäischen Union begleitet wurde. Trotz erster Erfolge der Regierung wie etwa bei der Pensionsreform oder bei der Einführung des Kindergeldes kam

es aber bald zu Differenzen zwischen der ÖVP und der FPÖ.

Dazu kamen parteiinterne Diskussionen über die ideologische Ausrichtung. Einerseits betrachteten viele Wähler und Funktionäre den FPÖ-Regierungskurs unter Riess-Passer – etwa in der Europa- und Sozialpolitik – als Bruch mit den Traditionen des Dritten Lagers. Andererseits blieb Haider trotz seines Rückzugs als Obmann und der neuen Parteiohfrau Susanne Riess-Passer die dominante Persönlichkeit in der Partei. Im Sommer 2002 spitzte sich die Lage zu: Die Hochwasser-Katastrophe im Land veranlasste Schwarz-Blau dazu, die geplante Steuerreform zu verschieben. Dies wurde jedoch vom Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider und einem Teil der Parteibasis nicht akzeptiert. Sie sahen dadurch ein zentrales FPÖ-Projekt gefährdet. **Bei einem Delegiertentreffen im steirischen Knitt-**



Susanne Riess-Passer und Jörg Haider gingen ab dem Jahr 2002 getrennte Wege.

**telfeld wurde letztendlich gegen den Willen der FPÖ-Vizekanzlerin die Einberufung eines Sonderparteitages gefordert. Als Reaktion auf Knittelfeld traten Susanne Riess-Passer, FPÖ-Klubobmann Peter Westenthaler und der freiheitliche Finanzminister Karl-Heinz Grasser zurück. Wolfgang Schüssel reagierte darauf prompt mit einer Aufkündigung der Koalition.**

Bei der Nationalratswahl im November 2002 konnte die ÖVP mit rund 42,3 Prozent punkten, während die FPÖ nur 10,01 Prozent erreichte. Dennoch erneuerte die ÖVP die schwarz-blaue Koalition mit Herbert Haupt als FPÖ-Vizekanzler, wobei die freiheitliche Regierungsmannschaft fast halbiert wurde.

**Die Auseinandersetzungen in der FPÖ – viele befürchteten eine Umklammerung durch eine starke ÖVP – nahmen nun an Heftigkeit zu.** Mit dem Wiener

FPÖ-Landeschef Heinz-Christian Strache erwuchs der Parteispitze um Haider und Bundesparteiobfrau Ursula Haubner ab 2004 außerdem ein Konkurrent innerhalb der eigenen Partei. Verschärft durch Wahlniederlagen in den Bundesländern und die katastrophale Darbietung bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2004, bei der Andreas Mölzer als Vertreter des regierungskritischen Flügels in der FPÖ das einzige Mandat für die Partei errang, eskalierte der Konflikt zwischen dem nationalen Lager und der Parteiführung zu Jahresbeginn 2005.

**Am 4. April spaltete sich Jörg Haider mit der FPÖ-Regierungsmannschaft von der FPÖ ab und gründete das „Bündnis Zukunft Österreich“ (BZÖ).** Die Freiheitlichen, deren Leitung interimistisch der frühere Wiener FPÖ-Obmann Hilmar Kabas als längstdienendes Bundesparteivorstandsmitglied übernahm, standen damit vor einem Neuanfang.

“  
*Die FPÖ stellte mit Susanne Riess-Passer die erste Vizekanzlerin in der Geschichte der Republik. Die Regierungskoalition mit der ÖVP hielt jedoch nur drei Jahre.*  
”



Heinz-Christian Strache stand der FPÖ von 2005 bis 2019 als Obmann vor.

## DER WIEDERAUFSTIEG DER FPÖ UNTER HC STRACHE

### DER KURS ALS „SOZIALE HEIMATPARTEI“

Am 4. April 2005 verließ die FPÖ-Spitze die Partei und gründete die Bewegung „Bündnis Zukunft Österreich“ (BZÖ). Forderführend dabei war Jörg Haider, der das gesamte FPÖ-Regierungsteam – die Freiheitlichen befanden sich gerade in einer Koalition mit der ÖVP – und etliche Mandatäre des blauen Parlamentsklubs zu einem Übertritt zum BZÖ bewegen konnte. Fast alle politischen Beobachter schätzten die Chancen der Freiheitlichen daher als gering ein und manche Kommentatoren prophezeiten sogar das Ende des Dritten Lagers in seiner bisherigen Form: Die FPÖ verfügte nur mehr über zwei Nationalratsabgeordnete mit klarem Bekenntnis zur Parteilinie. Dazu kam mit Andreas Mölzer noch ein Abgeordneter zum Europäischen Parlament. Außerdem stand man vor einem gewaltigen Schuldenberg. Dennoch war die Parteibasis im Großen und Ganzen dem BZÖ nicht gefolgt. Abgesehen von Kärnten blieben alle freiheitlichen Landesparteien bei

der FPÖ. Selbst in Oberösterreich und Vorarlberg konnte man die Landesorganisationen von einem Verbleib in der freiheitlichen Familie überzeugen.

**Am 23. April 2005 wurde Heinz-Christian Strache auf dem 27. Ordentlichen Bundesparteitag in Salzburg mit 90,1 Prozent der Delegiertenstimmen zum Bundesparteiohmann der FPÖ gewählt. Der damals 35-jährige Wiener Landesparteiohmann galt dabei schon länger als Nachwuchshoffnung der FPÖ. Punkten wollte man als kantige Oppositionspartei nun vor allem mit aktuellen Themen wie dem Erhalt der österreichischen Leitkultur.** Mit den beiden FPÖ-Generalsekretären Herbert Kickl und Harald Vilimsky wurde dem neuen Obmann zudem ein eingespieltes Team zur Seite gestellt. Zu einer Optimierung kam es beim Marketing: Mit der Marke „HC“ für den neuen Parteiohmann wollte man auch das jüngere Publikum erreichen. Ein erstes Lebenszeichen der

FPÖ mit Heinz-Christian Strache an der Spitze gab es bereits bei den Wiener Landtags- und Gemeinderatswahlen vom 23. Oktober 2005. Die FPÖ erreichte 14,83 Prozent und schaffte beim Stimmenanteil den dritten Platz hinter SPÖ und ÖVP.

Auf Bundesebene konsolidierte sich die Partei ebenfalls: Bei der Nationalratswahl am 1. Oktober 2006 trat Strache zum ersten Mal bundesweit als Spitzenkandidat an. Die FPÖ erreichte 11,04 Prozent, während das BZÖ mit lediglich 4,11 Prozent knapp den Einzug schaffte. **Damit hatte sich die FPÖ als der erfolgreichere Teil des „geschiedenen“ Dritten Lagers erwiesen. Nun sollte sich der frühere Aufstieg der FPÖ unter Haider mit Heinz-Christian Strache fast identisch wiederholen: Bei der Nationalratswahl am 28. September 2008 fuhr man bereits 17,54 Prozent ein.** Zwar konnte das BZÖ mit über 10 Prozent die Grünen bei der Wahl überholen. Doch der überraschende Tod von Jörg Haider am 11. Oktober 2008 bereitete den Spekulationen über eine Kooperation zwischen FPÖ und BZÖ ein jähes Ende und führte letztlich zum politischen Aus für das BZÖ.

**Insgesamt war die FPÖ unter Heinz-Christian Strache durch eine Rückbesinnung auf freiheitliche Werte gekennzeichnet. Dies zeigte sich auch in der Programmatik.** So bekannte man sich etwa im neuen Parteiprogramm, das 2011 in Graz beschlossen wurde, neuerlich zur deutschen Kulturgemeinschaft.

Große Zustimmung unter der österreichischen Bevölkerung erhielten die Freiheitlichen infolge des Massenansturms von Asylwerbern im Sommer 2015. Die FPÖ wurde in vielen Umfragen als die stärkste Partei des Landes gesehen.

**Bei der Nationalratswahl vom 15. Oktober 2017 konnte sie mit fast 26 Prozent und 51 Mandaten zu ÖVP und SPÖ aufschließen. Durch den Wahlsieg der ÖVP und das beachtliche Ergebnis der Freiheitlichen kam es zur Bildung einer Mitte-Rechts-Regierung zwischen ÖVP und FPÖ.** Heinz-Christian Strache wurde Vizekanzler in einer türkis-blauen Koalition unter ÖVP-Bundeskanzler Sebastian Kurz. Damit stand am Ende des neuerlichen Aufstiegs der FPÖ wie schon im Jahr 2000 der Gang in die Bundesregierung.

*Insgesamt war die FPÖ unter Heinz-Christian Strache durch eine Rückbesinnung auf freiheitliche Werte gekennzeichnet.*

## EINE REFORMKOALITION FÜR ÖSTERREICH

### VON DER BUNDESPRÄSIDENTENWAHL 2016 BIS ZUR „IBIZA-AFFÄRE“

Parallel zum Aufstieg der FPÖ unter Heinz-Christian Strache verlor die seit dem Jahr 2007 bestehende Große Koalition aus SPÖ und ÖVP zunehmend an Rückhalt in der Bevölkerung. Außerdem kam im Sommer 2015 durch die europaweite Flüchtlingskrise eine Massenzuwanderung samt ihren Folgen für das Sozialsystem und die Sicherheit im Land dazu. Dadurch verzeichneten die Freiheitlichen mit ihrer zuwanderungskritischen Haltung vermehrt Zustimmung. **Diese Stimmungslage bestätigte sich bei der Bundespräsidentenwahl im Jahr 2016. Norbert Hofer – seit 2013 Dritter Präsident des Nationalrates – gewann als freiheitlicher Kandidat den ersten Wahlgang und unterlag in der Stichwahl dem zukünftigen Präsidenten Alexander Van der Bellen nur knapp. Hofer konnte an die 2,12 Millionen Wähler mobilisieren.**

Der Erfolg setzte sich bei den Nationalratswahlen im Oktober 2017 fort, bei

der die FPÖ rund 25,97 Prozent erreichte. Die ÖVP – erstmals als „neue Volkspartei“ im türkisen Anstrich – wurde dagegen mit über 31 Prozent stimmenstärkste Partei. Daraufhin kam es zu Koalitionsverhandlungen zwischen der ÖVP und der FPÖ. Man einigte sich auf eine gemeinsame Bundesregierung unter ÖVP-Bundeschancellor Sebastian Kurz. Bundespräsident Alexander Van der Bellen nahm am 18. Dezember 2017 die Angelobung des aus ÖVP- und FPÖ-Repräsentanten bestehenden Kabinetts Kurz I vor.

FPÖ-Bundesparteiobermann Heinz-Christian Strache wurde Vizekanzler sowie Minister für Beamte und Sport. Die FPÖ stellte außerdem fünf weitere Minister und einen Staatssekretär: Als neue Außenministerin wurde Karin Kneissl angelobt, die von der FPÖ als Unabhängige für die Regierungsmannschaft nominiert worden war. Der steirische FPÖ-Chef Mario Kunasek übernahm



Vizekanzler Heinz-Christian Strache und sein Regierungsteam

das Verteidigungsressort. Der bisherige Dritte Nationalratspräsident Norbert Hofer wurde Infrastrukturminister und die Gesundheitsmanagerin Beate Hartinger-Klein stand als Ministerin dem Sozial- und Gesundheitsressort vor. **Herbert Kickl avancierte zum ersten freiheitlichen Innenminister in der Geschichte der Zweiten Republik** und der frühere FPÖ-Nationalratsabgeordnete Hubert Fuchs wurde Staatssekretär im Finanzministerium.

Bei den Eckpunkten des türkis-blauen Regierungsprogramms war die freiheitliche Handschrift deutlich erkennbar: Die Regierung setzte etwa auf eine neue Linie im Bereich der Migrationspolitik, auf einen verstärkten Grenzschutz, auf eine Reform der Mindestsicherung sowie auf eine Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger. Eine Steuerreform war in Planung.

Trotz der positiven Umfragewerte der Regierung in der Bevölkerung zerbrach

die Koalition im Mai 2019 durch die Folgen der „Ibiza-Affäre“. Der Auslöser war ein kompromittierendes und offenbar illegal gedrehtes Video aus dem Jahr 2017, das am 17. Mai 2019 veröffentlicht wurde. Es zeigte Heinz-Christian Strache im privaten Umfeld auf der Mittelmeerinsel Ibiza, wie er – so der Vorwurf – unter anderem mit einer vermeintlichen russischen Investorin über Staatsaufträge im Gegenzug für Parteispenden verhandelte. Angesichts der Affäre trat Heinz-Christian Strache am 18. Mai 2019 als Vizekanzler sowie Bundesparteiobermann der FPÖ zurück.

Im Dezember 2019 wurde er aus der FPÖ ausgeschlossen. Am 18. Mai 2019 verkündete ÖVP-Bundeschancellor Sebastian Kurz Neuwahlen und beendete damit die türkis-blaue Koalition. Die von der ÖVP geführte Übergangsregierung wurde jedoch bereits am 27. Mai 2019 durch einen von der FPÖ im Nationalrat mitunterstützten Misstrauensantrag des Amtes enthoben.

“  
*Die Eckpfeiler des Regierungsprogramms umfassten u.a. die Förderung einheimischer österreichischer Familien, die Verhinderung der Zuwanderung in das österreichische Sozialsystem, die Bekämpfung von Asylmissbrauch und das Bekenntnis zu Freiheit, Verantwortung und Heimat.*  
”





Im Juni 2021 wurde Herbert Kickl zum Bundesparteiobmann der FPÖ gewählt

## DIE FREIHEITLICHEN AUF NEUEN WEGEN DIE NATIONALRATSWAHL 2019 UND DIE FOLGEN FÜR DIE FPÖ

Das politische Nachbeben angesichts der „Ibiza-Affäre“ und der Rücktritt von FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache stellte eine Zäsur in der Geschichte des Dritten Lagers dar. Für die FPÖ bedeutete dies nach über 14 Jahren vor allem einen personellen Neuanfang an der Parteispitze. Bereits am 19. Mai 2019 wurde Norbert Hofer als Parteichef der FPÖ designiert und im September 2019 in Graz offiziell zum FPÖ-Bundesparteiobmann gewählt.

Norbert Hofer – Infrastrukturminister in der ÖVP-FPÖ-Bundesregierung von 2017 bis 2019 – fungierte auch als Spitzenkandidat für die Nationalratswahl im Herbst 2019. Der bisherige freiheitliche Innenminister Herbert Kickl belegte den zweiten Listenplatz auf der FPÖ-Bundesliste. Mit der „Doppelspitze“ Norbert Hofer und Herbert Kickl wollte man unterschiedliche Wählersegmente ansprechen sowie gleichzeitig um eine Fortsetzung der türkis-blauen Regierungskoalition werben.

Die FPÖ erreichte bei der Nationalratswahl am 29. September 2019 dennoch nur 16,17 Prozent, während die ÖVP unter dem bisherigen Bundeskanzler Sebastian Kurz auf über 37 Prozent zulegte. **Angesichts der Wahlniederlage betonte die FPÖ nach einer Sondierungsrunde zur Regierungsbildung, dass das Abschneiden der Freiheitlichen nicht als Regierungsauftrag zu werten sei. Die FPÖ erklärte dazu, dass man sich vielmehr innerparteilich neu aufstellen wolle.** Schließlich konstituierte sich der neu gewählte Nationalrat am 23. Oktober 2019 im österreichischen Parlament. Aus diesem Anlass gab es ebenfalls Weichenstellungen bei den Freiheitlichen: Herbert Kickl wurde neuer Klubobmann des Freiheitlichen Parlamentsklubs. Norbert Hofer wurde erneut mit deutlicher Mehrheit zum Dritten Nationalratspräsidenten gewählt.

Angesichts der seit März 2020 in Österreich grassierenden Coronapandemie positionierte sich die FPÖ als kantige Oppositionspartei im Parlament und in den Meinungsumfragen. Sie setzte unter Klubobmann Herbert Kickl dabei auf

einen harten Kurs gegen die Politik und die Maßnahmen der schwarz-grünen Bundesregierung im Rahmen der Coronakrise. Gleichzeitig forderte die FPÖ – angesichts steigender Zahlen bei Asylwerbern – auch einen strengeren Kurs in der Migrationspolitik.

Am 1. Juni 2021 trat Norbert Hofer nach zwei Jahren als FPÖ-Chef zurück und erklärte zusätzlich, dass er weiterhin Dritter Nationalratspräsident im österreichischen Parlament bleiben werde. **Am 7. Juni 2021 wurde FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl vom Parteipräsidium zum neuen FPÖ-Chef designiert und am 19. Juni 2021 folgte auf einem Außerordentlichen Bundesparteitag der FPÖ im niederösterreichischen Wiener Neustadt schließlich die Wahl des Bundesparteiobmannes.** Dabei wurde Herbert Kickl mit 88,24 Prozent zum neuen FPÖ-Bundesparteiobmann gekürt. Damit war der frühere Generalsekretär an die Spitze der FPÖ vorgerückt. Er kündigte nach seiner Wahl eine inhaltliche Profilschärfung der FPÖ sowie eine Fortschreibung der freiheitlichen Erfolgsgeschichte an.

*Der neue Bundesparteiobmann Herbert Kickl steht für eine inhaltliche Profilschärfung der FPÖ sowie eine Fortschreibung der freiheitlichen Erfolgsgeschichte.*



Bundesparteiobmann Herbert Kickl und die Mitglieder des FPÖ-Nationalratsklubs

## DIE FPÖ ALS STIMMENSTÄRKSTE KRAFT IN ÖSTERREICH

Die Europawahl im Juni 2024 markierte einen bedeutenden Wendepunkt in der politischen Landschaft Österreichs. Zum ersten Mal in der Geschichte der zweiten Republik wurde die FPÖ bei einer bundesweiten Wahl die stimmenstärkste Partei. Sie errang 25,4 Prozent der Stimmen und konnte ihre Abgeordnetenzahl verdoppeln.

**Die Nationalratswahl am 29. September 2024 markierte nach der Europawahl einen weiteren Höhepunkt in der Geschichte der FPÖ. Erstmals ging sie als stimmen- und mandatsstärkste Kraft aus einer Nationalratswahl hervor.** Unter Spitzenkandidat KO NAbg. Herbert Kickl erreichte die FPÖ knapp 29 Prozent der Stimmen (+13%). Dahinter folgten die ÖVP mit 26 Prozent (-11%), die SPÖ mit 21 Prozent (+/-0%), Neos mit neun (+1%) und Grüne mit acht Prozent (-6%). Die Wahlbeteiligung lag bei 77,7 Prozent.

Von den 4.929.745 abgegebenen Stimmen entfielen 1.408.512 auf die FPÖ. In Kärnten, der Steiermark, Oberösterreich und dem Burgenland landete die FPÖ bei den abgegebenen Stimmen auf Platz eins, in allen übrigen Bundesländern auf Platz zwei.

Die Zusammensetzung des Nationalrats veränderte sich deutlich: Die ÖVP verlor 20 Mandate und hält nun 51 Sitze. Die SPÖ liegt bei 41 Mandaten, die FPÖ gewann 26 Sitze hinzu und hält nun 57. Die Grünen verfügen über 16 Mandate (-10), die Neos über 18 (+3).

Bundespräsident Alexander Van der Bellen erteilte jedoch entgegen der bisherigen Usance den Regierungsbildungsauftrag nicht der stimmenstärksten Partei, sondern dem Wahlverlierer und bisherigen Bundeskanzler und ÖVP-Parteiobmann Karl Nehammer. Nach über drei

Monaten Koalitionsverhandlungen stand das Scheitern derselben fest, Nehammer trat als Bundeskanzler und ÖVP-Obmann zurück und Bundespräsident Van der Bellen erteilte FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl schließlich im Jänner 2025 den Auftrag zur Regierungsbildung. Während der Verhandlungen mit der ÖVP gelang es mit einem klaren Konsolidierungspfad ein drohendes EU-Defizitverfahren abzuwenden, in weiterer Folge konnte man sich jedoch wegen Reformunwilligkeit und Systembarrieren der ÖVP nicht auf eine Regierungsbildung einigen. Als Konsequenz daraus legte Bundesparteiobmann Kickl den Auftrag zur Regierungsbildung zurück, da er weder die Wähler noch die Prinzipi-

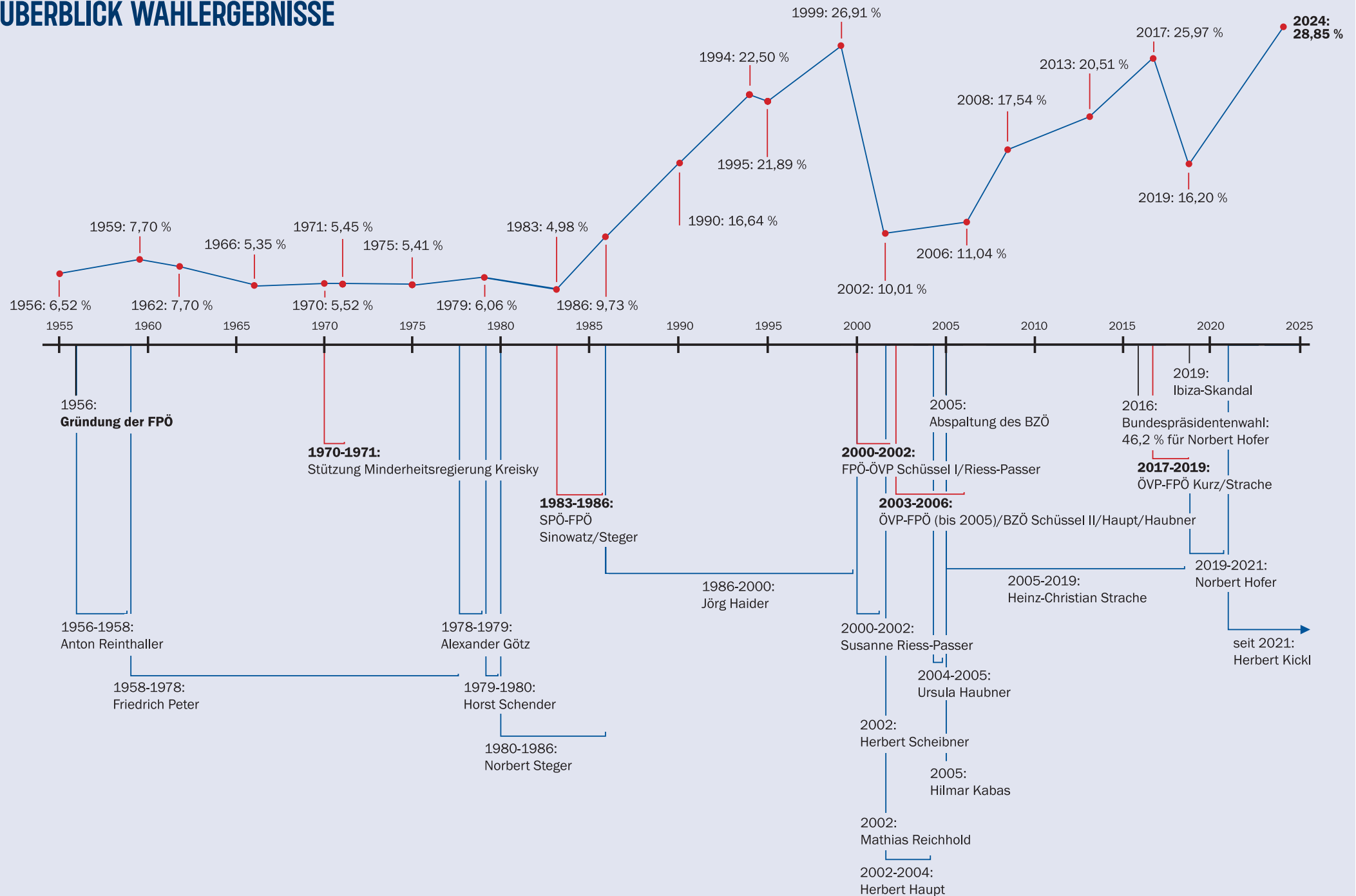
en der FPÖ verraten wollte. **Damit blieb er mit seinem Leitsatz „Zuerst das Volk – dann der Kanzler“ seinen 1,4 Millionen Wählern im Wort.**

In der Folge wurde am 3. März 2025 die sogenannte „Zuckerlkoalition“ aus ÖVP, SPÖ und NEOS angelobt. Ende 2025 steht Österreich wirtschaftlich deutlich schwächer da als die Eurozone: Mit nur 0,3 % Wachstum, 3,5 % Inflation und einem Defizit von 4,5 % des BIP bleibt das Land klar hinter dem Schnitt von 1,1 %, 2,1 % und 3,2 %, was den Verlust an wirtschaftlicher Dynamik und tiefe strukturelle Haushaltsprobleme verdeutlicht. **In allen aktuellen Umfragen liegt die FPÖ mit rund 36-38 % klar auf Platz 1.**

***Zum ersten Mal in der zweiten Republik ging die FPÖ bei einer Nationalratswahl als stärkste Kraft hervor.***



# ÜBERBLICK WAHLERGEBNISSE





# ÜBERBLICK BUNDESPARTEIOBLEUTE



Foto: NFZ / APA / picturedesk.com

**Anton Reinthaller**  
07.04.1956–06.03.1958



Foto: HOPI-MEDIA Medienservice GmbH

**Friedrich Peter**  
13.09.1958–30.09.1978



Foto: www.fbi-politikschule.at

**Alexander Götz**  
30.09.1978–01.12.1979



Foto: HOPI-MEDIA Medienservice GmbH

**Mathias Reichhold**  
21.09.2002–31.10.2002



Foto: HOPI-MEDIA Medienservice GmbH

**Herbert Haupt**  
08.12.2002–3.07.2004 <sup>1)</sup>



Foto: Parlamentsdirektion / WILKE

**Ursula Haubner**  
03.07.2004–04.04.2005



Foto: www.fbi-politikschule.at

**Horst Schender (interim.)**  
01.12.1979–02.03.1980



Foto: www.fbi-politikschule.at

**Norbert Steger**  
02.03.1980–14.09.1986



Foto: www.fbi-politikschule.at

**Hilmar Kabas (interim.)**  
04.04.2005–23.04.2005



**Heinz-Christian Strache**  
23.04.2005–18.05.2019



**Jörg Haider**  
14.09.1986–01.05.2000



Foto: HOPI-MEDIA Medienservice GmbH

**Susanne Riess-Passer**  
01.05.2000–08.09.2002



Foto: Parlamentsdirektion / WILKE

**Herbert Scheibner (interim.)**  
08.09.2002–21.09.2002



**Norbert Hofer**  
14.09.2019–01.06.2021 <sup>2)</sup>



**Harald Stefan (interim.)**  
01.06.2021–19.06.2021



**Herbert Kickl**  
seit 19.06.2021

<sup>1)</sup> Interimistisch: 31.10.2002–08.12.2002

<sup>2)</sup> Interimistisch: 18.05.2019–14.09.2019

# PARTEIPROGRAMM DER FREIHEITLICHEN PARTEI ÖSTERREICHS (FPÖ)

Beschlossen vom Bundesparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs am 18. Juni 2011 in Graz.

## ÖSTERREICH ZUERST

Freiheit, Sicherheit, Frieden und Wohlergehen für Österreich und seine Bevölkerung sind die Leitlinien und der Maßstab für unser Handeln als soziale, leistungsorientierte und österreichpatriotische politische Kraft.

Unsere Verwurzelung in der reichen Geschichte und in unseren Traditionen ist untrennbar verbunden mit der Verantwortung, die daraus für die aktive Gestaltung der Zukunft für kommende Generationen erwächst.

Wir bekennen uns zu unserem Heimatland Österreich als Teil der deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft, zu unseren heimischen Volksgruppen sowie zu einem Europa der freien Völker und Vaterländer.

Wir bekennen uns zu Freiheit und Verantwortung des Einzelnen und der Gemeinschaft, zur Demokratie, zum freiheitlichen Rechtsstaat, zu den Prinzipien der Marktwirtschaft und der sozialen Gerechtigkeit.

Wir bekennen uns zum Selbstbestimmungsrecht Österreichs sowie zur Bewahrung und Verteidigung unseres in unserer Tradition und unserer geschichtlichen Entwicklung gewachsenen Menschen- und Gesellschaftsbildes.



## LEITSÄTZE FREIHEITLICHE POLITIK

1. Freiheit gilt uns als höchstes Gut. Seit der bürgerlichen Revolution von 1848 dient unser Streben dem Ringen nach Freiheit und ihrer Verteidigung überall dort, wo Erreichtes wieder bedroht wird.
2. Wir sind dem Schutz unserer Heimat Österreich, unserer nationalen Identität und Eigenständigkeit sowie unserer natürlichen Lebensgrundlagen verpflichtet.
3. Die Freiheit der Bürger wird gewährleistet und geschützt durch den freiheitlichen Rechtsstaat und eine echte Solidargemeinschaft.
4. Die Familie als Gemeinschaft von Mann und Frau mit gemeinsamen Kindern ist die natürliche Keimzelle und Klammer für eine funktionierende Gesellschaft und garantiert zusammen mit der Solidarität der Generationen unsere Zukunftsfähigkeit.
5. Wir fördern Leistung in einer Marktwirtschaft mit sozialer Verantwortung, schützen das Privateigentum und stehen für eine gerechte Aufteilung von Beiträgen und Leistungen für die Allgemeinheit.
6. Das öffentliche Gesundheitswesen dient den Staatsbürgern zur bestmöglichen medizinischen Vorsorge, Versorgung und Pflege.
7. Österreich hat sein Staatsgebiet mit allen Mitteln zu schützen, seine Neutralität zu wahren und seinen Bürgern Schutz und Hilfe in allen Bedrohungsszenarien zu gewähren.
8. Umfassende Bildung, freie Wissenschaft sowie unabhängige Kunst und Kultur sind Voraussetzung für die Entfaltung einer Gesellschaft.
9. Österreichs Rolle in der Welt hat von humanitärer Verantwortung, Selbstbewusstsein und der Wahrung österreichischer Interessen getragen zu sein.
10. Ein Verbund freier Völker und selbstbestimmter Vaterländer ist Grundlage unserer Europapolitik und unserer internationalen Kontakte.

## 1) FREIHEIT UND VERANTWORTUNG

**Freiheit gilt uns als höchstes Gut. Seit der bürgerlichen Revolution von 1848 dient unser Streben dem Ringen nach Freiheit und ihrer Verteidigung überall dort, wo Erreichtes wieder bedroht wird.**

Die Würde des Menschen liegt in seiner Freiheit begründet. Freiheit als Selbstbestimmung geht einher mit dem Willen zur Selbstverantwortung und schließt jede Form von Unterdrückung aus. Freiheit und Verantwortung bilden den Kern persönlicher Entfaltung und unseres Gemeinwesens.

Unser Freiheitsbegriff wurzelt in einer idealistischen Weltanschauung und sieht den Menschen nicht auf seine materiellen Bedürfnisse beschränkt. Die Freiheit des Einzelnen findet ihre Grenzen in der Beschränkung der Freiheit des Mitbürgers.

Freiheit, Menschenwürde und demokratischer Gemeinsinn sind Grundlage unserer freiheitlichen Gesinnung und unserer Ordnungsvorstellungen in Bezug auf folgende Themenschwerpunkte:

- |                                 |                          |
|---------------------------------|--------------------------|
| ≡ Heimat, Identität und Umwelt, | ≡ Sicherheit,            |
| ≡ Recht und Gerechtigkeit,      | ≡ Bildung, Wissenschaft, |
| ≡ Familie und Generationen,     | Kunst und Kultur,        |
| ≡ Wohlstand und                 | ≡ Weltoffenheit und      |
| soziales Gleichgewicht,         | Eigenständigkeit,        |
| ≡ Gesundheit,                   | ≡ Europa der Vielfalt.   |

## 2) HEIMAT, IDENTITÄT UND UMWELT

**Wir sind dem Schutz unserer Heimat Österreich, unserer nationalen Identität und Eigenständigkeit sowie unserer natürlichen Lebensgrundlagen verpflichtet.**

Wir bekennen uns zum Selbstbestimmungsrecht der Völker, zur Unabhängigkeit und Eigenständigkeit unseres Heimatlandes Österreich und zur Solidarität aller österreichischen Staatsbürger.

Wir sind uns der Verbundenheit mit unseren Vorfahren und der Verantwortung für unsere Nachkommen bewusst und wollen für nachfolgende Generationen eine

Heimat bewahren, die ein selbstbestimmtes Leben in einer intakten Umwelt und eine positive Weiterentwicklung in Freiheit, Frieden und Sicherheit ermöglicht.

Sprache, Geschichte und Kultur Österreichs sind deutsch. Die überwiegende Mehrheit der Österreicher ist Teil der deutschen Volks-, Sprach- und Kulturgemeinschaft. Unsere autochthonen Volksgruppen der Burgenlandkroaten, Slowenen, Ungarn, Tschechen, Slowaken und Roma sind als historisch ansässige Minderheiten eine Bereicherung und integrierter Bestandteil Österreichs und unseres Staatsvolkes.

Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, den aus rassischen, religiösen oder politischen Gründen Verfolgten politisches Asyl in unserer Heimat zu gewähren, solange ein Schutzbedürfnis besteht. Wer über ein sicheres Drittland nach Österreich einreist, hat in diesem Asyl zu beantragen.

Österreich ist kein Einwanderungsland. Wir verfolgen daher eine geburtenorientierte Familienpolitik. Bereits integrierte, unbescholtene und legal anwesende Zuwanderer, die die deutsche Sprache beherrschen, unsere Werte und Gesetze vollinhaltlich anerkennen und sich kulturell verwurzelt haben, sollen Heimatrecht und unsere Staatsbürgerschaft erwerben können.

Österreich ist Teil des europäischen Kulturraums. Die europäische Kultur hat ihre ältesten Wurzeln in der Antike. Europa wurde in entscheidender Weise vom Christentum geprägt, durch das Judentum und andere nichtchristliche Religionsgemeinschaften beeinflusst und erfuhr seine grundlegende Weiterentwicklung durch Humanismus und Aufklärung. Wir bekennen uns zu den daraus resultierenden Grundwerten und zu einem europäischen Weltbild, das wir in einem umfassenden Sinn als Kultur-Christentum bezeichnen und das auf der Trennung von Kirche und Staat beruht.

Wir sind bereit, diese europäischen Werte und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen Fanatismus und Extremismus entschieden zu verteidigen und für die Erhaltung und Weiterentwicklung unserer Leitkultur und unserer Lebensart in Frieden und Freiheit einzutreten.

Das Privileg der Verleihung des Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts ist Religionsgemeinschaften vorzubehalten, die sich zur Trennung von Kirche und Staat als Errungenschaft unserer aufgeklärten Gesellschaft bekennen und unsere Verfassung und Gesetze achten. Die Freiheit zur Religionsausübung in Österreich

bedingt auch die Freiheit, sich – geschützt durch unseren Rechtsstaat – religiösen Dogmen entziehen zu können.

Der Schutz unserer natürlichen Umwelt als Lebensgrundlage für unsere Heimat Österreich, eine nachhaltige und schonende Bewirtschaftung und die biologische Vielfalt haben für uns hohe Bedeutung. Die Nutzung von Kernkraft zur Energiegewinnung lehnen wir ab.

Tiere als unsere Mitgeschöpfe sind durch naturnahen und respektvollen Umgang vor Qualen und Leid zu schützen.

### 3) RECHT UND GERECHTIGKEIT

**Die Freiheit der Bürger wird gewährleistet und geschützt durch den freiheitlichen Rechtsstaat und eine echte Solidargemeinschaft.**

Wir bekennen uns zu einem Rechts- und Sozialstaat, in dem Recht und Ordnung sowie soziale Verantwortung das Zusammenleben prägen.

Wir bekennen uns zu den demokratischen, rechtsstaatlichen, republikanischen, gewaltenteilenden und bundesstaatlichen Verfassungsprinzipien, zum Respekt vor dem Leben und der Menschenwürde sowie zu den liberalen Grundfreiheiten wie Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit.

Wir bekennen uns zum Ausbau der direkten Demokratie, zu einem freien, geheimen, gleichen, persönlichen und unmittelbaren Verhältniswahlrecht und zu Medien-gesetzen, die Monopole und Manipulationen der öffentlichen Meinung verhindern.

Unser Staat versteht sich als Gemeinschaft von Staatsbürgern, die besondere Rechte und Pflichten haben.

Zu den Rechten unserer Staatsbürger zählen das Wahlrecht, das Recht auf eine angemessene Ausbildung und das Recht auf Hilfe durch die Gemeinschaft in Notlagen. Die Pflichten beinhalten die Solidarität mit den Landsleuten, die Leistung von Beiträgen zur Erhaltung der Staatsfunktionen sowie den persönlichen Einsatz zur Aufrechterhaltung der inneren und äußeren Sicherheit und des sozialen Gefüges.

Das Eingehen und Erfüllen internationaler Verpflichtungen darf nicht zum Nachteil der österreichischen Bevölkerung erfolgen.

Unsere Sozialpolitik erhebt den Anspruch, vor Existenznöten, die sich durch Alter, Behinderung, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit oder durch schwere Schicksalsschläge ergeben können, zu schützen.

Der soziale Wohnbau dient vor allem der Abdeckung des Wohnbedarfs österreichischer Staatsbürger.

Wir bekennen uns zu einer humanistisch geprägten Gesellschaft, in der Solidarität effizient und gerecht ausgeübt wird sowie zu einer nachhaltigen Finanzierung des sozialen Gefüges. Das erfordert die wirksame Bekämpfung von Sozialmissbrauch und das Fördern von Leistung.

### 4) FAMILIE UND GENERATIONEN

**Die Familie als Gemeinschaft von Mann und Frau mit gemeinsamen Kindern ist die natürliche Keimzelle und Klammer für eine funktionierende Gesellschaft und garantiert gemeinsam mit der Solidarität der Generationen unsere Zukunftsfähigkeit.**

Wir bekennen uns zur Chancengleichheit von Männern und Frauen, zum gegenseitigen Respekt und zu einem gerechten Einkommen, unabhängig vom Geschlecht.

Die Bevorzugung eines Geschlechts zur Beseitigung tatsächlicher oder vermeintlicher Benachteiligungen wird von uns entschieden abgelehnt. Statistisch errechnete Ungleichheiten, die durch eine Vielzahl an Faktoren bedingt sind, können nicht durch Unrecht an einzelnen Menschen ausgeglichen werden. Daher sprechen wir uns gegen eine Quotenregelung oder das „Gender-Mainstreaming“ aus.

Die Familie, geprägt durch die Verantwortung der Partner und der Generationen füreinander, ist Grundlage unserer Gesellschaft. Die Lebensgemeinschaft von Mann und Frau wird durch das Kind zur Familie. Wer alleinerziehend Verantwortung übernimmt, bildet mit den Kindern eine Familie.

Wir bekennen uns zur Vorrangstellung der Ehe zwischen Mann und Frau als besondere Form des Schutzes des Kindeswohls. Nur die Partnerschaft von Mann und Frau ermöglicht unserer Gesellschaft Kinderreichtum. Ein eigenes Rechtsinstitut für gleichgeschlechtliche Beziehungen lehnen wir ab.

Wir bekennen uns im Rahmen des Schutzauftrags des Staates nur dort, wo das Versagen der betroffenen Familie zu einer klaren Beeinträchtigung des Kindeswohls führt, zum Eingriff in die familiäre Autonomie. Im Falle einer Trennung der Eltern muss die Weiterführung der gemeinsamen Verantwortung für das Kind im Vordergrund stehen.

Im Steuersystem sind Familien als Wirtschaftsgemeinschaft zu bewerten. Das Pensionssystem hat Kinderbetreuungszeiten sowie Leistungen zur Pflege von Angehörigen zu berücksichtigen.

Die Betreuung von Kindern in familiärer Geborgenheit wird von uns staatlichen Ersatzmaßnahmen vorgezogen. Unterstützungsleistungen dafür sind den Eltern bis zum Schuleintrittsalter zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig treten wir für ein breites Angebot an Kinderbetreuungsplätzen ein, um echte Wahlfreiheit zugunsten von Kindeswohl und beruflicher Entfaltung sicherzustellen.

Rohe Gewalt, insbesondere gegen Kinder, verdient keine Nachsicht. Wir bekennen uns zu strengsten strafrechtlichen Bestimmungen bei Straftaten, die sich gegen Kinder und schutzbedürftige Mitglieder unserer Gesellschaft richten.

Österreichs Zukunft liegt in der Hand der Jugend. Das Ziel freiheitlicher Jugendpolitik ist der aufgeklärte und mündige Staatsbürger, ausgestattet mit all jenen Kenntnissen und Fähigkeiten, die notwendig sind, um als charakterlich gefestigter und freier Mensch bestehen zu können.

Wir bekennen uns zur Generationensolidarität und anerkennen die sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Beiträge sowie die Lebenserfahrung der älteren Generation. Wir treten für die Mitwirkung aller Generationen an Entscheidungsprozessen und der demokratischen Willensbildung ein.

Wir bekennen uns zu einem harmonisierten, leistungsgerechten und sozialen staatlichen Pensionssystem sowie zur betrieblichen und privaten Vorsorge.

Wir sind entschlossen, der Würde älterer Menschen Anerkennung zu verschaffen und alle Formen von Vernachlässigung, Misshandlung und Gewalt zu bekämpfen.

## 5) WOHLSTAND UND SOZIALES GLEICHGEWICHT

**Wir fördern Leistung in einer Marktwirtschaft mit sozialer Verantwortung, schützen das Privateigentum und stehen für eine gerechte Aufteilung von Beiträgen und Leistungen für die Allgemeinheit.**

Wir bekennen uns zu einer Marktwirtschaft mit sozialer Verantwortung, fördern die Leistungsorientierung und ermöglichen Wachstum für kleine und mittlere Unternehmen.

Ehrliche Leistung muss sich lohnen. Leistungsbereitschaft soll unseren Staatsbürgern durch faire Löhne und gerechte Unternehmensbesteuerung Eigentumsbildung und Wohlstand ermöglichen.

Wir bekennen uns dazu, jedem Österreicher unter der Perspektive der Chancengerechtigkeit beste Lebensbedingungen in Freiheit und in einer sozialen Heimat zu ermöglichen. Der über Generationen hart erarbeitete Wohlstand Österreichs ist für die Zukunft zu sichern. Er hat vorrangig für jene Menschen und deren Nachkommen eingesetzt zu werden, die ihn erarbeitet haben.

Wir bekennen uns zu einer an den konkreten Herausforderungen der Zeit orientierten Wirtschaftspolitik, frei von ideologischen Vorbehalten, und zu einem über den Konjunkturzyklus ausgeglichenen Staatshaushalt.

Niedrige Steuern und Leistungsanreize sind Voraussetzung für ein erfolgreiches Wirtschaften und einen gesunden Arbeitsmarkt. Sie sind Subventionen und Umverteilung vorzuziehen. Für österreichische Jungunternehmer sind Starthilfen und Steuererleichterungen zu gewähren.

Wir bekennen uns zu einem leistungsgerechten und sozial ausgewogenen Steuersystem und gehen von der Gleichwertigkeit von Arbeitseinkommen und Kapitaleinkommen als Grundlage für breiten Wohlstand und soziale Gerechtigkeit aus.

Bei der Unternehmensbesteuerung sind Investitionen in das Unternehmen sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen zu begünstigen.

Ziel freiheitlicher Budgetpolitik ist die Entlastung des Bürgers. Die Höhe von Steuern und Abgaben ist für Arbeitnehmer und Arbeitgeber durch eine effektive Verwaltung sowie sparsamen, wirtschaftlichen und zweckmäßigen Umgang mit öffentlichen Mitteln auf das notwendigste Maß zu beschränken.

Unsere Wirtschaftspolitik anerkennt die Stärken der Technologie- und Exportorientierung der Industrie, die Innovationskraft des Mittelstandes und seine Leistungen für Beschäftigung und bei der dualen Ausbildung sowie die individuelle Dienstleistungsorientierung und das Erwerbspotential unserer Kleinst- und Kleinbetriebe.

Wir verfolgen eine umfassende Gesamtinfrastrukturstrategie, die der Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologien gerecht wird, die Leistungen der einzelnen Verkehrsträger aufeinander abstimmt und die Freiheit des Menschen zur individuellen Mobilität sicherstellt.

Ein gesunder Bauernstand ist Voraussetzung für Versorgungssicherheit und den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen in einer wertvollen Natur- und Kulturlandschaft. Österreichs Bauern sollen frei sein von Subventionszwängen und den Interessen monopolorientierter Agrarkonzerne. Leistungen der Landwirtschaft sind daher durch faire Produktpreise abzugelten.

## 6) GESUNDHEIT

**Das öffentliche Gesundheitswesen dient den Staatsbürgern zur bestmöglichen medizinischen Vorsorge, Versorgung und Pflege.**

Das Lebensrecht des Menschen, seine Gesundheit und seine Würde sind Nützlichkeitsabwägungen nicht zugänglich. Deshalb darf der Mensch in seiner Existenz weder durch wirtschaftliche Erwägungen in Frage gestellt werden noch durch den Missbrauch von Medizin und Gentechnik oder durch Vernachlässigung im Rahmen von Krankheit oder Behinderung seiner Würde beraubt werden.

Wir bekennen uns zum politischen Anspruch, Mehrklassenmedizin im staatlichen Gesundheitswesen nicht zu fördern. Das öffentliche Gesundheitswesen hat Privilegien aufgrund der sozialen Herkunft oder religiösen Orientierung auszuschließen.

Der Schutz des Lebens sowie der Erhalt und die Wiederherstellung geistiger und körperlicher Gesundheit sind unsere Ziele für das staatliche Gesundheitswesen. Der Prävention räumen wir neben der Behandlung und der Nachsorge hohe Bedeutung ein.

Die Verwaltung und Organisation im Gesundheitswesen hat nach den Prinzipien der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu erfolgen, damit Gesundheitsausgaben den Menschen zugute kommen. Wir bekennen uns zu einer Finanzierungsstruktur für das Gesundheitswesen, das lohnnebenkostenintensive Belastungen möglichst vermeidet und eine breite Beitragsgrundlage sicherstellt. Gesundheit und Pflege sind aus einer Hand zu finanzieren.

Menschen, die in Gesundheitsberufen arbeiten, sollen in Österreich bestmöglich ausgebildet werden und ihre verantwortungsvolle Aufgabe mit gerechter Entlohnung und ausreichenden Ruhezeiten erfüllen können.

Gesundheitsvorsorge fußt vor allem auf Eigenverantwortung. Daher sprechen wir uns für eine klare Kennzeichnung aller Inhaltsstoffe in Nahrungsmitteln aus, bekämpfen den Suchtmittelmissbrauch und bekennen uns zu einer naturnahen Landwirtschaft frei von gentechnisch manipulierten Organismen.

Sport und Bewegung, besonders in unseren Kindergärten und Schulen, sind von der Politik aktiv zu unterstützen. Ernährungslehre ist im Lehrplan der Pflichtschulen zu berücksichtigen. Die medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen hat für uns höchsten Stellenwert.

Für Bürger aus dem Ausland ist der Zugang zu Leistungen des österreichischen Gesundheitswesens durch ein eigenständiges Sozialversicherungssystem sicherzustellen.

## 7) SICHERHEIT

**Österreich hat sein Staatsgebiet mit allen Mitteln zu schützen, seine Neutralität zu wahren und seinen Bürgern Schutz und Hilfe in allen Bedrohungsszenarien zu gewähren.**

Recht und Ordnung sind Grundwerte unserer freiheitlichen Gesinnung und dienen der Sicherheit unserer Staatsbürger.



Wir erachten Sicherheit als Grundbedürfnis und wichtige Voraussetzung für eine positive menschliche Entwicklung. Die Wahrung unserer Sicherheit setzt Selbstverteidigungsfähigkeit voraus. Wir bekennen uns daher zur bestmöglichen Ausbildung und Ausrüstung der Organe unserer Sicherheitsexekutive und des Bundesheers.

Bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens, des Banden- und Schlepperunwesens, des Drogenhandels, des Terrorismus, der Gewalt und anderer Kriminalitätserscheinungen hat der Staat seine Möglichkeiten entschlossen zu nutzen.

Die Todesstrafe wird von uns kategorisch abgelehnt.

Im Strafvollzug haben der Schutz unserer Gesellschaft sowie Schutz und Hilfe für Verbrechensopfer höchsten Stellenwert. Eine Resozialisierung von Straftätern hat diesen Aspekt zu berücksichtigen. Geldstrafen haben in erster Linie den Opfern zugute zu kommen. In einer humanen Gesellschaft müssen sich Strafraumen von Gewaltverbrechen und Vermögensdelikten deutlich unterscheiden.

Wer als Fremder in Österreich wegen eines Verbrechens verurteilt wird ist in sein Heimatland auszuweisen.

Wir bekennen uns zur umfassenden Landesverteidigung sowie zur allgemeinen Dienstpflicht aller männlichen Staatsbürger in Form des Wehrdienstes oder eines Wehersatzdienstes als persönliche Leistung für die Sicherheit und Unabhängigkeit Österreichs und den sozialen Frieden. Für weibliche Staatsbürger soll die Möglichkeit zum freiwilligen Wehr- und Wehersatzdienst sowie zum Sozialdienst offen stehen.

Heimatschutz und Landesverteidigung haben Vorrang vor Auslandseinsätzen des Bundesheers. Auslandseinsätze österreichischer Soldaten sollen ausschließlich freiwillig und nur für Katastropheneinsätze, humanitäre Aufgaben, zur Friedenssicherung und unter UNO-Mandat erfolgen.

Österreich ist ein selbstbestimmter und friedensstiftender Staat und muss daher frei von einer Mitgliedschaft in einem Militärpakt sein. Die Entscheidung über den Einsatz unseres Bundesheers und unserer Soldaten trifft ausschließlich Österreich selbst, als souveräner und neutraler Staat, in seiner Verantwortung für die Sicherheit und Freiheit seiner Bürger.

## 8) BILDUNG, WISSENSCHAFT, KUNST UND KULTUR

**Umfassende Bildung, freie Wissenschaft sowie unabhängige Kunst und Kultur sind Voraussetzung für die Entfaltung einer Gesellschaft.**

Damit sich der Mensch in der Gesellschaft voll entfalten kann, bedarf er der geistigen Bildung, der bestmöglichen Aus- und Weiterbildung, einer Garantie der Lehr- und Lernfreiheit sowie der sozialen Chancengleichheit. Dazu müssen die wissenschaftliche Forschung und Lehre, die Entwicklung und Erschließung der Künste sowie die Lehre der Kunst frei sein.

Das Vermitteln der Kulturtechniken des Lesens, Schreibens und Rechnens, der umfassende Erwerb von Wissen, Kompetenzen und Fertigkeiten, das Fördern individueller Talente und Begabungen, die bestmögliche Ausbildung als Vorbereitung auf das Berufsleben sowie die Vermittlung von Werten und Traditionen unseres Gemeinwesens sind die Hauptaufgaben der staatlichen Schul- und Bildungspolitik. Das Schul- und Bildungswesen hat auf die Vielfalt der geistigen Anlagen und Interessen der Menschen Rücksicht zu nehmen, diesen zu entsprechen und sich jeder ideologischen Bevormundung zu enthalten.

Das Beherrschen der deutschen Unterrichtssprache ist Voraussetzung für die Teilnahme am Regelunterricht an öffentlichen Schulen in Österreich.

Wir bekennen uns zu einer freien Entwicklung der Wissenschaft im Rahmen des Gemeinwohls.

Die Wissenschaft beruht auf der Einheit von Forschung und Lehre, dient ausschließlich der Wahrheitsfindung und bedarf weder einer sachfremden Bevormundung, noch einer vermeintlich volkspädagogischen Ausrichtung oder Rücksichtnahme. Der Staat hat sich ideologischen Eingriffen in die Autonomie der Wissenschaften zu enthalten.

Gezielte Forschungs- und Entwicklungsarbeit sind Säulen einer positiven Zukunft unseres Heimatlandes. Grundlagenforschung ist genauso bedeutsam wie angewandte Forschung. Forschung und Lehre dürfen nicht wirtschaftlichen Interessen unter- bzw. nachgeordnet werden. Wir bekennen uns zu ethischen Grenzen der Forschung, die nicht überschritten werden dürfen.

Kunst und Kultur in allen ihren Ausprägungsformen sind wesentliche Identitätsstifter unserer Gesellschaft. Kultur als Gesamtheit aller menschlichen Ausdrucksformen findet ihre höchste schöpferische Ausdrucksform in der Kunst.

Kunst kennt in unserer Gesellschaft ihre Beschränkung nur durch die Rechtsordnung und durch das unserer Verfassung zugrunde liegende humanistische Menschen- und Gesellschaftsbild. Künstlerische Freiheit bedingt die Freiheit des Bürgers zur Kritik an und zur kritischen Auseinandersetzung mit der Kunst.

Unsere abendländische Kultur ist reichhaltig und vielfältig. Sie verbindet die europäischen Kulturnationen. Der Erhalt unserer Kulturdenkmäler hat dabei für uns hohe Bedeutung.

Es gilt, ausgehend vom hohen erreichten Niveau, die freie Weiterentwicklung unserer eigenen Kultur zu ermöglichen und unsere Muttersprache als wichtigstes kulturstiftendes Element zu schützen.

Hauptaufgabe der Kulturpolitik ist die Förderung der Weiterentwicklung des kulturellen Reichtums unserer Gesellschaft. Dabei hat die Politik lediglich die Rahmenbedingungen zur Gewährleistung der Freiheit und Vielfalt der Kunst zu schaffen, da sich diese Vielfalt durch individuelle künstlerische Leistung entwickelt. Kunst darf nicht staatlich instrumentalisiert werden, sie ist Selbstzweck. Nur so kann die Kunst die Schule der Fantasie und der Selbsterkenntnis bleiben.

## 9) WELTOFFENHEIT UND EIGENSTÄNDIGKEIT

**Österreichs Rolle in der Welt hat von humanitärer Verantwortung, Selbstbewusstsein und der Wahrung österreichischer Interessen getragen zu sein.**

Souveränität und Freiheit unserer Heimat ermöglichen uns Weltoffenheit. Unsere Außenpolitik muss von humanitärer Verantwortung, Selbstbewusstsein und der Wahrung der sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen Österreichs und seiner Bürger in der Welt getragen sein.

Wir bekennen uns daher zu einer Außenpolitik, die sich an der Sicherung der Souveränität Österreichs und dem Ziel des Schutzes der Freiheit seiner Bürger orientiert.

Jedwede außenpolitische, bilaterale oder multilaterale Aktivität heimischer Politik hat diese gemeinsamen österreichischen Interessen zu berücksichtigen.

Wir bekennen uns zur friedensfördernden Neutralität Österreichs und zur europäischen Solidarität. Wir wollen in der Tradition des Vermittels und des Ausgleichs unseren Beitrag zum Frieden in der Welt leisten.

Neben Eigenständigkeit und Freiheit sind die Liebe zu unserer Heimat und den Menschen in unserem Land, die Pflege unserer Traditionen, unserer Identität und unserer Kultur Grundlage für unsere Weltoffenheit. Wer seine eigene Kultur und Herkunft schätzt, kann andere Kulturen aufrichtig achten oder sich nötigenfalls ihrer erwehren, wenn sie aggressiven, unsere eigene Kultur verdrängenden Charakter zeigen.

Grundprinzip österreichischer Entwicklungshilfe ist die Hilfe zur Selbsthilfe. Sie fördert Freiheit und Verantwortung und begegnet Krisensituationen und Flüchtlingsströmen.

Österreich ist Anwalt der deutschen und ladinischen Südtiroler und vertritt die Interessen für alle Altösterreicher deutscher Muttersprache aus dem Bereich der ehemaligen k.u.k. Monarchie. Wir streben die Einheit Tirols an und bekennen uns zum Selbstbestimmungsrecht Südtirols und zur Unterstützung der Heimatvertriebenen-Verbände.

## 10) EUROPA DER VIELFALT

**Ein Verbund freier Völker und selbstbestimmter Vaterländer ist Grundlage unserer Europapolitik und unserer internationalen Kontakte.**

Wir bekennen uns zu einem Europa der historisch gewachsenen Völker und autochthonen Volksgruppen und lehnen eine künstliche Gleichschaltung der vielfältigen europäischen Sprachen und Kulturen durch erzwungenen Multikulturalismus, Globalisierung und Massenzuwanderung entschieden ab. Europa ist nicht auf das politische Projekt der Europäischen Union zu reduzieren.



Wir bekennen uns zu einem Europa der selbstbestimmten Völker und Vaterländer und zur europäischen Zusammenarbeit nach den Grundsätzen der Subsidiarität und des Föderalismus. Das künftige Schicksal Europas muss von der Gestaltungsfreiheit seiner Staaten geprägt sein.

Ziel der europäischen Integration ist die Gemeinschaft jener Staaten, die geographisch, geistig und kulturell Europa ausmachen und die sich den abendländischen Werten, dem Erbe der Kulturen und den Traditionen der europäischen Völker verpflichtet haben.

Wir treten für ein Europa ein, das echte Demokratie ermöglicht und den mündigen, freien Bürger respektiert. Grundlegende Änderungen der Bundesverfassung durch Staatsverträge, wie beispielsweise im Europarecht, bedürfen einer verbindlichen Volksabstimmung.

Wir bekennen uns zu einem europäischen Vertragswerk mit einem Rechte- und Pflichtenkatalog für Union und Mitgliedsstaaten. Die verfassungsrechtlichen Grundprinzipien der souveränen Mitgliedsstaaten müssen absoluten Vorrang vor dem Gemeinschaftsrecht haben.

Die menschenrechtswidrigen Beneš-Dekrete und AVNOJ-Bestimmungen, samt den damit im Zusammenhang stehenden Amnestiegesetzen, sind in einem humanistischen Europa nicht zu akzeptieren und im Sinne von Gerechtigkeit für Vertriebene, Ermordete und Enteignete zu streichen.

Wir bekennen uns zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik eines solchen europäischen Staatenverbunds unter Wahrung der österreichischen Neutralität und in klarer Abgrenzung von außereuropäischen Mächten und außereuropäisch dominierten Militärbündnissen zur weltweiten Wahrung gemeinsamer europäischer Interessen.





Gesellschaft für Politik, Kultur & Meinungsfreiheit